

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO-TIROLER ETSCHLAND**

III. LEGISLATURA

III. LEGISLATURPERIODE

SEDUTA 135^a - 135. SITZUNG

19-1-1960

INDICE - INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 123:

« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1960 ».

pag. 3

Gesetzentwurf Nr. 123:

« Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Region Trentino-Tiroler Etschland für das Finanzjahr 1960 ».

Seite 3

Presidente : dott. Silviu Magnago

Vicepresidente : dott. Remo Albertini

ore 15,40.

PRESIDENTE : La seduta è aperta. Appello nominale.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE : Lettura del processo verbale della seduta del 14.1.1960.

VINANTE (Segretario questo - P.S.I.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE : Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato. Continua la discussione generale iniziata l'ultima volta sul *disegno di legge n. 123*:

«Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1960».

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Der Präsident des Regionlausschusses Odorizzi hat am vergangenen Donnerstag als Einleitung zur Generaldebatte über den Haushalt 1960 Erklärungen abgegeben, die in der Aufforderung gipfelten, die Südtiroler Volkspartei möge nach einjähriger Opposition in den Regionalausschuß zurückkehren. Ich muß annehmen, daß der Inhalt dieser Rede nicht die Auffassung der christlich-demokratischen Partei als solcher widerspiegelt, denn ich kann nicht glauben, daß diese Partei allen Ernstes der Ansicht ist, die Südtiroler Volkspartei könn-

te unter solchen Voraussetzungen, auf einer solchen Grundlage, wieder zu einer Zusammenarbeit mit der Democrazia Cristiana in der Region gelangen.

Die Rede war in ihrer Grundhaltung nicht wahrhaftig — denn Odorizzi hat Wesentliches verschwiegen —, sie steht im Gegensatz zur italienischen Verfassung, sie hat dem Südtiroler Volk Unrecht getan, indem sie demselben eine Absicht unterschiebt, die nicht besteht, um damit den Vorwand zu schaffen, uns weiter zu bevormunden, jenem Südtiroler Volk, dem in der von der Region veröffentlichten Broschüre zur Werbung für Neugründung von Industrien, also zur Industrialisierung, der katholische Glaube und die freiheitliche demokratische Tradition, als Anziehungspunkte für diese Industrialisierung, nachgerühmt werden. Jeder christliche und demokratische Politiker, der im echten Sinne wirklichkeitsnah handeln will, muß zur Kenntnis nehmen, daß das Experiment der Region Trentino-Tiroler Etschland endgültig gescheitert ist, u. zwar zu allererst im Bewußtsein des Südtiroler Volkes, zu dessen Schutz ein internationaler Vertrag abgeschlossen wurde, welcher seinerzeit der Hauptgrund für die Errichtung dieser autonomen Region gewesen ist. Ich gebe mir darüber Rechenschaft, daß eine Rede, wie sie Odorizzi im Regionalrat gehalten hat, dazu geeignet ist, Nichteingeweihte über die wahre Lage in Südtirol irrezuführen. Andererseits wäre es nicht Sache einer Entgegnung im Regionalrat, hiezu erschöpfend Stellung zu nehmen, umsoweniger, als die Mitglieder des Regionalrates sich ohnedies an Ort und Stelle eine Meinung bilden können. Es gehört jedoch zu den Gepflogenheiten eines Parla-

ments, auf eine Rede im Parlament dortselbst zu antworten, auch wenn in unserem Fall die Überzeugung herrscht, daß diese Auseinandersetzung nicht mehr nur im Regionalrat, sondern auch andernorts, etwa vor den Vereinten Nationen, ausgetragen wird.

Südtirol wurde mit dem Trentino von der Verfassungsgebenden Versammlung zu einer autonomen Region zusammengeschmiedet, ohne daß die Südtiroler hiezu ihre Zustimmung gegeben hätten oder auch nur befragt worden wären. Nur über den Inhalt des Status wurden die Vertreter der Südtiroler Volkspartei im letzten Augenblick befragt. Sie erreichten einige Verbesserungen und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß besonders durch diese Verbesserungen die Durchführung des Pariser Vertrages ermöglicht werde.

Der damalige Obmann der Südtiroler Volkspartei, Erich Amonn, wies auf der Landesversammlung der Partei am 25.2.1948 im besonderen auf den Inhalt der Artikel 11, 14, 15, 16, 70, 73 sowie 84 und 85 des Autonomiestatuts hin. Er sagte, die Verwaltungsteilung zwischen den beiden Provinzen ist dadurch durchgeführt, daß in Ergänzung der Bestimmungen des Siebener-Statuts die Verwaltung auch für jene Materien, für die die Region Gesetzgebung hat, grundsätzlich den Provinzen und den Gemeinden im Wege der Delegierung zufällt. Er wies auf die erreichte Schulautonomie hin. Er sagte, daß die Verwaltungspolizei fast in ihrem ganzen Umfange dem Provinzpräsidenten übertragen worden sei. Hinsichtlich der Artikel 70 und 73 sagte er, eine Finanzregelung wäre getroffen worden, die uns vor jeder eventuellen Übervorteilung seitens der Trentiner Mehrheit schützt. Das Land Südtirol, sagte er weiter, habe eine eigene Finanzhoheit, denn neben den Provinz- und Gemeindesteuern werden alle direkten Steuern den Provinzen zugewiesen. Für die indirekten Steuern sei eine Regelung getroffen worden, die unserer Forderung weitgehend gerecht wird. Abzüglich der Erfordernisse der Region, würden die indirekten

Steuern zwischen den beiden Provinzen im Verhältnis der Einnahmen aufgeteilt und der Regionalhaushaltsvoranschlag bedürfe zu seiner endgültigen Genehmigung der Mehrheit sowohl der Bozner als der Trentiner Ratsmitglieder. Er sagte weiter, die Gleichstellung nicht nur im Verkehr mit den Behörden, sondern auch innerhalb der Verwaltungsorgane gesichert worden; weiters sei vereinbart worden, daß die Durchführungsbestimmungen zum Statut von Fachleuten beider Provinzen ausgearbeitet werden, so daß wir einen weitgehenden Einfluß darauf nehmen können. Zur Gleichberechtigung der Sprachen hatte Degasperi in der Verfassungsgebenden Versammlung bereits erklärt: « Wir haben das Gesetz über die Gleichstellung der Sprachen verabschiedet ». (Er meinte das Gesetz vom Dezember 1945; darin wurde der Grundsatz der vollständigen Gleichheit der in Südtirol gesprochenen Sprachen bekräftigt).

Aber wenden wir uns zuerst der paritätischen Kommission für die Durchführungsbestimmungen zu, die nicht anders als eine Farce bezeichnet werden kann. Wir haben hier eine Kommission, bestehend aus acht Mitgliedern, davon vier Staatsvertretern und vier Vertretern der Region, wobei es auf die gesamte Kommission nur einen Südtiroler trifft, obwohl es um wesentliche Belange der Südtiroler Volksgruppe geht. Unter paritätischer Kommission stellt man sich auf der ganzen Welt ein Organ vor, das einen Ausgleich zwischen der Minderheitsvolksgruppe und dem Staatsvolk schaffen soll, woran hier nicht zu denken ist, umso weniger, als auch Vertreter der autonomen Region in dieser Kommission sowohl im Regionalrat als in der Kommission selbst gegen wesentliche Belange der Minderheitsvolksgruppe stimmen. Im Ministerrat der italienischen Republik, wo die Durchführungsbestimmungen endgültig beschlossen werden, ist die Region durch ihren Präsidenten vertreten. Dieser Präsident hätte die elementare Pflicht, unabhängig von der Stimme des einzigen Vertreters in der pa-

ritätischen Kommission, vor der Ministeratssitzung die Volksgruppe zu konsultieren. Dieser Pflicht ist Präsident Odorizzi in den seltensten Fällen nachgekommen. Ich erinnere daran, daß Präsident Odorizzi seinerzeit bei Verabschiedung der ersten Durchführungsbestimmungen über Ausschreibungen von Stellen mit Vorschrift der Kenntnis der deutschen Sprache in der öffentlichen Verwaltung gar nicht an der Ministerratssitzung teilgenommen hat. Bei der Verabschiedung der letzten Durchführungsbestimmungen über den Sprachgebrauch bei den Gerichten wurde im letzten Augenblick ein Telefongespräch zwischen Rom und Bozen geführt, was sicherlich nicht einer Konsultierung der Volksgruppe gleichkommen kann.

Wie bekannt, hat der Landtag von Bozen nicht die Möglichkeit, Durchführungsbestimmungen, die dem Autonomiestatut oder dem Grundsatz der Gleichheit der Volksgruppen widersprechen, selbst anzufechten. Es stimmt, daß der Regionalrat auf Antrag der Südtiroler sowohl die Durchführungsbestimmungen über den Volkswohnbau als auch jene über den Sprachgebrauch in der Verwaltung angefochten hat. Es ist andererseits aber auch eine Tatsache, daß von den Südtirolern vorgebrachte Anträge auf Anfechtung von Durchführungsbestimmungen vom Präsidenten Odorizzi abgelehnt wurden, zum Beispiel auf Anfechtung der Durchführungsbestimmungen, welche eine Kontrolle durch den Rechnungshof ohne Möglichkeit für die autonome Verwaltung, auf der Registrierung der Verwaltungsakte zu bestehen, vorsehen. Ebenso unser Begehren, jene Durchführungsbestimmungen anzufechten, welche dem Landesauschuß die Zuständigkeit für die Entscheidung in Handelslizensachen nehmen und sie einer Regionalkommission überantworten. Ebenso unser Begehren, Durchführungsbestimmungen anzufechten, welche hinsichtlich der Aufsicht über die Kurverwaltungen einen Rekurs vom Landesauschuß an den Regionalauschuß vorsehen. In letzter Zeit hat der Ministerrat Durchführungsbestimmungen über

den Sprachgebrauch bei den Gerichten in Südtirol verabschiedet. Diese Durchführungsbestimmungen bewegen sich auf derselben Linie wie jene im September 1959 in Kraft getretenen und vom Regionalrat beim Verfassungsgerichtshof angefochtenen über den Sprachgebrauch bei der Verwaltung im allgemeinen, d.h. sie verwirklichen nicht die objektive Gleichberechtigung des Deutschen mit dem Italienischen in der Verwaltung und bei Gericht, und damit die Gleichheit der beiden Volksgruppen. Diese Gleichheit wäre nur dann hergestellt, wenn die Verfahren, die Südtiroler betreffen, sowohl in der Verwaltung als bei Gericht, zumindest auf dem angestammten Territorium ausschließlich in der Sprache der Südtiroler durchgeführt würden. Tatsächlich sehen die Durchführungsbestimmungen vor, daß die Angehörigen dieser Volksgruppe sich ihrer Sprache bedienen können, jedoch bleibt der Grundsatz aufrecht, daß das Italienische die eigentliche Amtssprache ist. Überall in der Welt, wo eine Volksgruppe, eine kleine Nation, auf ihrem Territorium einer größeren gleichgestellt ist, erfolgt die Verwaltung und Gerichtsbarkeit in der Sprache dieser Minderheitsvolksgruppe, was allerdings voraussetzt, daß diese Volksgruppe in den Organen der Verwaltung und Gerichtsbarkeit entsprechend vertreten ist. Hier soll nun in Zukunft alles übersetzt werden, jedoch muß die Partei ausdrücklich verlangen, daß die Protokolle auch auf deutsch verfaßt werden. Da das Personal fast ausschließlich aus Italienern besteht und durch die noch zu besprechende Zulage im besten Falle zu erwarten ist, daß ein Teil desselben notdürftig deutsch versteht, wirkt sich diese Regelung erschwerend für den Verwaltungsbetrieb und nachteilig für denjenigen aus, der von seiner Muttersprache Gebrauch machen will, ein Zustand, der schon bisher den rein einsprachigen Betrieb durch die Vermittlung von Anwälten usw. als vorteilhafter erscheinen ließ. Gerade dort, wo die Kenntnis der Sprache am wichtigsten wäre, bei Amtshandlungen der Gerichtspolizei in dringenden Fällen, werden

diese Organe ausdrücklich von der Pflicht zur Kenntnis der Sprache entbunden, also gerade bei der Festnahme und bei der ersten Einvernahme, die für den gesamten Verlauf des Verfahrens entscheidend sein kann, wie wir es beim Pfunderer Prozeß nun erlebt haben.

Dafür soll aber dem staatlichen Personal im allgemeinen in Südtirol eine besondere Zulage für die Kenntnis der deutschen Sprache oder für den unangenehmen Aufenthalt in Südtirol gegeben werden. Wir haben bereits unsere Erfahrungen mit der Feststellung der Deutschkenntnisse italienischer Bewerber für Staatsposten in Südtirol gemacht. Die im diesbezüglichen Gesetzentwurf vorgesehen Kommissionen, in denen von fünf Mitgliedern nur eines von einem Beamten der deutschen Volksgruppe vorgeschlagen wird, geben keine Gewähr, daß diese Prüfungen ernsthaft durchgeführt werden. Wir können heute bereits feststellen, daß trotz der Durchführungsbestimmungen, welche für die amtlichen Verfügungen den Gebrauch beider Sprachen vorschreiben jedoch für die innere Amtssprache und den Amtsverkehr den Gebrauch des Deutschen oder des Italienischen freistellen, alles beim alten geblieben ist, denn die staatlichen Ämter, welche fast ausschließlich mit Italienern besetzt sind, gebrauchen eben nach wie vor ausschließlich das Italienische, auch etwa im Verkehr mit Gemeinden, welche diese Ämter deutsch anschreiben. Wir stehen vor dem klassischen Fall eines potemkinschen Dorfes, wo demjenigen, der nur die Durchführungsbestimmungen liest, etwas vorgetäuscht wird, was in Wirklichkeit nicht zutrifft. Nicht umsonst behaupten heute die Organisatoren der vom Staate finanzierten Deutschkurse für staatliche Angestellte, daß die Italianität des Alto Adige nunmehr durch das Deutschlernen verteidigt werden soll. Dieses Verschleierungsmanöver der Nichterfüllung einer wesentlichen Bestimmung des Pariser Vertrages wird damit offensichtlich. Wir dürfen damit auch behaupten, daß solange mit dem völkischen Proporz in den staatlichen und halbstaatlichen Stellungen nicht

Ernst gemacht wird, jegliche Zulage für die sogenannte Doppelsprachigkeit oder für die erschwerte Amtstätigkeit in Südtirol nur dazu angetan ist, den bestehenden Zustand zu verewigen und den Zuzug von italienischen Beamten nach Südtirol zu fördern. Solange mit der völkischverhältnismäßigen Stellenbesetzung nicht Ernst gemacht wird, wird sich im Sprachgebrauch der staatlichen Ämter ebenso wie der Gerichte im großen und ganzen nichts ändern. Es geht also primär um das elementare Recht der Südtiroler, in der Verwaltung und in der Gerichtsbarkeit entsprechend der Stärke der auf dem Territorium siedelnden Volksgruppe vertreten zu sein. Hier hat sich seit Abschluß des Pariser Vertrages noch nichts zum besseren gewendet.

Ohne die Lehrkräfte zu berücksichtigen, befinden sich in Südtirol heute rund 7800 staatliche Angestellte, von denen etwa 500 Südtiroler sind; dazu kommen noch die halbstaatlichen Körperschaften. Dieser Zustand rechtfertigt die Behauptung, daß wir nach wie vor wie eine Kolonie behandelt werden. Dies, obwohl es für den italienischen Staat nicht allzu schwierig sein dürfte, die Voraussetzungen zu schaffen, um Südtiroler in grösserer Zahl in die staatliche Verwaltung und in die Gerichtsbarkeit einzuführen. Es ist klar, daß hiezu auch Versetzungen notwendig sind und daß es für die erste Einführung von Südtirolern in die öffentlichen Ämter in Südtirol außerordentlicher Maßnahmen bedarf. Italien mußte bis zum heurigen Jahr in Somaliland eine Staatsverwaltung durch die einheimische Bevölkerung aufbauen, was im Hinblick auf den Bildungsstand der dortigen Bewohner bestimmt schwieriger gewesen sein dürfte, als eine massenweise Zulassung von Südtirolern in öffentlichen Stellen in Südtirol selbst. Dabei handelt es sich um die Durchführung einer klaren Bestimmung des Pariser Vertrages. Dieser Vertrag betont ausdrücklich die Zielsetzung, daß ein angemesseneres Verhältnis zwischen den Volksgruppen bei der Besetzung der öffentlichen Stel-

len erreicht werden soll. Gegen den Einwand, der völkische Proporz bei der Stellenbesetzung verstoße gegen die Gleichberechtigung aller Staatsbürger in der Zulassung zu den öffentlichen Ämtern, sei nicht nur auf Art. 6 der Verfassung hingewiesen, sondern auch darauf, daß bei den Organen der europäischen Gemeinschaften und ebenso bei jenen der Vereinten Nationen die Stellenbesetzung nach dem geographischen Prinzip oder nach der Beitragsleistung der Mitgliedstaaten eisern gehandhabt wird, und das trotz, ja gerade wegen der in den Menschenrechtserklärungen und Konventionen festgelegten Gleichheitsgrundsätze aller Menschen, weswegen dieselben auch im Verhältnis der sich an diesen Körperschaften beteiligenden Nationen in den ständigen Organen vertreten sein wollen.

Um noch bei den Durchführungsbestimmungen zu bleiben, muß wenigstens angedeutet werden, daß die vor einem Jahr erlassenen Durchführungsbestimmungen über den Volkswohnbau ein Dokument, ja ein Denkmal des schlechten Gewissens der italienischen Nachkriegsregierungen sind, nicht nur wegen ihres Inhalts, durch welchen die Autonomie der Provinz auf diesem Sachgebiet praktisch ausgelöscht worden ist, sondern auch durch die in einem Jahr gehandhabte Nichtdurchführung dieser Durchführungsbestimmungen, so weit anstelle der Autonomie ein Mitspracherecht der Provinz bei Amtshandlungen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vorgesehen ist. Da es derselbe Minister ist, der diese Durchführungsbestimmungen hauptsächlich gewollt und sie ein Jahr hindurch bis heute wiederum nicht eingehalten hat, darf ich darauf hinweisen, daß die neofaschistische Partei Italiens in einer Jahresrückschau sich rühmt, den ursprünglichen Regierungsentwurf umgeworfen zu haben und bei der Beschlußfassung im Ministerrat massiv eingegriffen zu haben. So steht es geschrieben in der Zeitung « Il Secolo d'Italia » vom 22.12.1959. Man hat sich sogar nicht gescheut, Wohnungszuweisungen, die

regelrecht durch eine von der Provinz eingesetzte Kommission erfolgt sind, über deren Einsetzung ein Einvernehmen mit dem Ministerpräsidium erzielt worden war, nachträglich als null und nichtig zu erklären.

Ich habe von einem Denkmal des schlechten Gewissens im übertragenen Sinne gesprochen. Aber leider bestehen in der Stadt Bozen auch materielle Denkmäler dieses schlechten Gewissens: 15 Jahre nach Kriegsende gibt es z.B. so etwas wie das ehemalige Versorgungshaus, eine Bombenruine, in der bis vor kurzem, heute sind es etwas weniger, 30 Familien gewohnt haben, in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet; ferner die Baracken im ehemaligen Konzentrationslager, andere Baracken in der Genuastrasse, alles Denkmäler 15 Jahre nach Kriegsende, die nicht für die italienische Volkswohnbau-Politik in Südtirol sprechen, denn die Einwohner dieser Baracken - zum Teil allerdings nur, soweit sie schon seit Kriegsende dort wohnen - hätten, wenn es richtig zugegangen wäre, wenigstens im Laufe der Jahre, sei es nun bei INA-Casa, sei es bei den Romitazuweisungen, sei es bei den Zuweisungen von seiten des Volkswohnbauinstitutes, zum Zuge kommen sollen. Die Antwort auf die Frage nach dem Grund hierfür ergibt sich von selbst: es hat hier eine bestimmte Absicht bestanden, diese Aushängeschilder bestehen zu lassen.

Aber gehen wir auf die regionale Ebene über und befassen wir uns zunächst mit der erwähnten Finanzregelung. Die letzthin verteilten Aufstellungen über die Einnahmen der Region an staatlichen Steuern in beiden Provinzen ergeben einen Ertrag von 53% aus der Provinz Bozen und 47% aus der Provinz Trient. Dabei ist — ebenso wie im dazugehörigen Bericht — der Ertrag der allgemeinen staatlichen Einnahmensteuer (imposta generale entrata) übergangen, der unzweifelhaft unter die im Art. 60 aufgezählten Einnahmen fällt. Dieser Ertrag wird nicht erwähnt, bzw. nicht mit einberechnet. Dieser Ertrag verschiebt den Prozentsatz zugunsten der Pro-

vinz Bozen im Durchschnitt seit 1949 mindestens auf 55 %. Demgegenüber betragen die Vermögensanlagen der Region im Trentino rund 60 % der immerhin beträchtlichen Summe von ungefähr 6½ Milliarden. Aus dem uns vorgelegten Begleitbericht zum Haushaltsvoranschlag 1960, an welchem keine Südtiroler Ausschußmitglieder mehr mitgearbeitet haben, geht hervor, daß seit 1949 für Wildbachverbauungen im Trentino 368 Millionen mehr verwendet worden sind als in Südtirol. Diese Feststellung ist insofern bezeichnend, als Südtirol während der faschistischen Zeit hinsichtlich der Wildbachverbauung viel mehr als das Trentino vernachlässigt worden ist. Bezeichnend ist auch die aus dem Amtsblatt der Italienischen Republik hervorgehende Tatsache, daß der italienische Staat in Südtirol immerhin fast 1,5 Milliarden Lire mehr einnimmt als er ausgibt. Dabei ist die Abtretung von Steuereinnahmen an die autonome Region und an die Provinzen bereits einberechnet, während andererseits immer noch Milliardenbeträge an Zahlungen aufscheinen, die die verschiedenen Ministerien in der Region auf Sachgebieten, für die die Region oder die Provinzen zuständig sind, leisten. Das Fortgelten staatlicher Subventionsgesetze in der Region, solange die Region nicht ein eigenes Gesetz erläßt, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier eine ernsthafte Gefahr für das Fortbestehen der Autonomie droht, denn der Satz « wer zahlt, der schafft » gilt unbedingt. Dazu kommt, daß, solange die Finanzierung über den Staatshaushalt erfolgt, die entsprechenden Sondergesetze nicht durch die autonome Gesetzgebung abgeändert werden dürfen. Das ist jedenfalls der Standpunkt, den die Zentralregierung hinsichtlich der staatlichen Volkswohnbaugesetzgebung vor dem Verfassungsgerichtshof eingenommen hat.

In der von mir erwähnten Erklärung Erich Amonns hieß es, daß abzüglich der Erfordernisse der Region, wobei im Hinblick auf die vorgesehene Verwaltungsteilung nur ein sehr beschränkter Verwaltungsaufwand

in Betracht gezogen werden konnte, alle indirekten Steuern zwischen den beiden Provinzen im Verhältnis der Einnahmen aufgeteilt werden würden. Amonn stützte sich dabei auf den ersten Absatz des Art. 70 des Autonomiestatuts. Wir können heute feststellen, daß gegenüber Regionalausgaben in der Höhe von Lire 8.761.000.000 auf Grund des Art. 70 der Provinz Bozen lediglich 25 Millionen zugewendet werden. Von diesen 8 Milliarden und 761 Millionen Lire belaufen sich die Aufwendungen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf 6.300.000.000 Lire, welche, wenn die Verwaltungsteilung tatsächlich durchgeführt worden wäre, zum größten Teil von den Provinzen entsprechend dem Steueraufkommen verwaltet und verausgabt werden müßten. Mit Bezug auf den Art. 73 des Autonomiestatuts konnte Erich Amonn sagen, daß der Regionalhaushalt zu seiner endgültigen Genehmigung der Mehrheit sowohl der Bozner als der Trientner Ratsmitglieder bedarf. Was ist heute aus diesem Art. 73 geworden? Trotz Ablehnung des Regionalhaushaltes und seiner im Laufe des Jahres erfolgten Abänderung durch die Mehrheit der Provinz Bozen, ja durch die Mehrheit des Regionalrates, wird derselbe systematisch vom Innenminister genehmigt. Der Regionalrat genehmigt mit einfacher Mehrheit jeweils Finanzierungsgesetze, mit welchen Milliardenbeträge festgelegt werden, etwa für die Industrialisierung. Diese Gesetze unterliegen nicht der getrennten Abstimmung nach Provinzen und müssen nach ihrem Inkrafttreten in den Regionalhaushalt von Gesetzes wegen eingeführt werden. So ist es gekommen, daß dieser Artikel 73 aus einem vermeinten Schutzartikel zu einem Werkzeug der Unterdrückung der Südtiroler geworden ist, ja zu einer Stütze, durch die sich die Regionalregierung halten kann, ohne über eine Mehrheit im Regionalrat zu verfügen, nur auf Grund der Gnade der Zentralregierung, sodaß die Plattform der Verantwortung gegenüber dem Regionalparlament aufgegeben und der Willkür Tür und Tor geöff-

net ist.

Die Artikel 70 und 73 sollten uns vor jeder eventuellen Übervorteilung seitens der Trentiner Mehrheit schützen. Was sich diese Trentiner Mehrheit in der Angelegenheit Trento-Malè-Bahn geleistet hat, bedarf noch einer besonderen Erwähnung. Bis heute wurden für diese vom Standpunkt des technischen Fortschrittes absolut abzulehnende Schmalspurbahn rund 7 Milliarden ausgegeben. Der christlich-demokratische Senator Amigoni hat am 7.12.1956 in der 7. Kommission des italienischen Senates erklärt, daß die Finanzierung dieses Bahnbaues zu einem Viertel durch die Region getragen wird, indem dieselbe auf die Erhöhung der Tarife für die elektrische Energie verzichtet. Von diesen Milliarden fehlt also ein Teil dem Regionalhaushalt, der andere Teil dem Staatshaushalt für die Lösung lebenswichtiger Verkehrsprobleme in der Region selbst. Die verbrecherische Vernachlässigung der Brennerstraße muß in diesem Zusammenhang gebracht werden, während es wie bittere Ironie klingt, wenn der Staat dafür andere Nebenbahnen in Südtirol bereits abgebaut hat, wie die Tauferer Bahn, oder den Abbau plant, wie von der Kalterer- und der Vinschgau-Bahn die Rede ist, obwohl in der Verfassungsgebenden Versammlung gerade vom Ausbau gewisser Bahnen in Südtirol die Rede war. Es eröffnen sich hier auch dunkle Hintergründe über die mangelnde Energie in der Betreibung einer entsprechenden mengenmäßigen und preismäßigen Festsetzung der der Region zustehenden Gratis- und Selbstkostenenergie.

Ich berühre kurz das Kapitel Verwaltungspolizei. Hier ist der Präsident des Landesausschusses ein Gefangener staatlicher Kommissionen und auf Grund eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes lediglich ein untergeordnetes Organ der staatlichen Hierarchie, dessen Entscheidungen vom Regierungskommissär revidiert werden können.

Auf Grund eines weiteren Urteils des Verfassungsgerichtshofes, der erklärt hat, daß das Schulamt in der Provinz Bozen staat-

lich bleiben muß, ist es auch nicht mehr möglich, eine echte Schulautonomie, d.h. eine Verwaltung des Schulwesens durch die Volksgruppe selbst, zu erreichen. Präsident Odorizzi hat vergessen, daß der Unterricht in der Muttersprache von der alliierten Militärverwaltung in Südtirol allgemein eingeführt worden ist, ja auf Grund eines Referendums der Eltern der Unterricht in deutscher Sprache auch in den ladinischen Tälern. Erst die demokratischen italienischen Nachkriegsregierungen haben in den ladinischen Tälern den sogenannten paritätischen italienischen und deutschen Unterricht eingeführt ohne die Erziehungsberechtigten zu befragen, so daß die Ladinier heute zwar genügend Italienisch aber nicht genügend Deutsch lernen, um das tausendjährige Zusammenleben mit den übrigen Tirolern weiter pflegen zu können. Die vom Präsidenten Odorizzi aufgezählten Staatsgesetze haben den Unterricht in der Muttersprache für die deutsche Volksgruppe bestätigt und die Anstellung des Lehrpersonals geregelt, sie haben jedoch mit Schulautonomie nichts zu tun.

Die Schulautonomie ist begraben worden, bevor sie noch durch Durchführungsbestimmungen geboren werden sollte. Auf dem Hintergrund dieser verweigerten Schulautonomie gewinnen einige Tatsachen besondere Bedeutung, so die Tatsache, die uns Odorizzi am 1.7.1959 anlässlich einer Industrialisierungsdebatte vor Augen geführt hat, daß nämlich von den deutschen Volksschulkindern nur 12% höhere Schulen besuchen gegenüber 35 % der italienischen Volksschulkinder, daß weitere 11 % der deutschen Kinder in Berufsschulen gehen, so daß rund 77 % keine Fortbildung genießen.

Ein kleines Beispiel noch: Die Gemeinde Schlanders hat seit Kriegsende um die Einrichtung einer deutschen Mittelschule angesucht und Jahr für Jahr die Genehmigung dieser Mittelschule betrieben. Vor Weihnachten 1959 kam die Nachricht von seiten des Schulamtes, daß nun die Mittelschule für die italienische Volksgruppe genehmigt worden ist,

wobei in diesem Bezirk die italienische Volksgruppe nicht 1/10 der Bevölkerung ausmacht. Weiters die bezeichnende Tatsache, die allerdings zu denken Anlaß gibt, daß für 30.000 deutsche Volksschüler 1140 Lehrer zur Verfügung stehen, für 4000 deutsche Mittelschüler 250 Lehrer, während für rund 12.000 italienische Volksschüler rund 1500 Lehrer zur Verfügung stehen. Wenn man die Lehrkräfte für den Italienisch-Unterricht in den deutschen Schulen abzieht, bleiben für die italienischen Volksschüler immerhin fast ebenso viele Lehrpersonen — über 1.000 — wie für die 30.00 deutschen Volksschulkinder und für die 7.000 italienischen Mittelschüler rund 500 Professoren.

Präsident Odorizzi weiß genau, daß die Stellung des deutschen Vize-Schulamtsleiters im staatlichen Schulamt rechtlich nur die eines Gehilfen des italienischen Schulamtsleiters ist, der keine eigene Verantwortung gegenüber dem zentralen Unterrichtsministerium hat.

Ich komme zum Artikel 14, zur vielgepriesenen Verwaltungsteilung zwischen den beiden Provinzen. Präsident Odorizzi hat im Dezember 1949 das erste Mal gegen eine vernünftige, von der politischen Klugheit, wenn schon nicht vom Wohlwollen gegenüber den Südtirolern diktierte Anwendung des Artikels 14 Stellung genommen und hat sich einer solchen Anwendung so lange widersetzt, bis der Verfassungsgerichtshof seiner Auslegung recht geben konnte, so daß von diesem

Artikel 14 die ausnahmsweise Übertragung einzelner ausführender Verwaltungsbefugnisse auf den Landesausschuß übriggeblieben ist, der an die Weisungen des Regionalausschusses gebunden ist. Dieser letztere übt ein Aufsichts- und Kontrollrecht aus, an ihn kann gegen Entscheidungen des Landesausschusses rekurriert werden. Der Regionalausschuß kann im Falle der Verletzung seiner Weisungen die Ausübung der übertragenen Befugnisse an sich ziehen; auch soll, worauf interessanterweise die Trentiner besonders hartnäckig pochen, obwohl das Urteil des Ver-

fassungsgerichtshofes keine Deutung in dieser Hinsicht zuläßt, mit der Übertragung von Verwaltungsbefugnissen nicht die Überleitung der entsprechenden Finanzmittel vom Regionalhaushalt in den Landeshaushalt einhergehen, so daß diese Mittel nach wie vor auch bei Beschlußfassung durch den Landesausschuß von der Region verwaltet werden. Was das bedeutet haben wir im vergangenen Jahr hinsichtlich der Feuerwehrbeiträge erlebt, die formell vom Landesausschuß beschlossen werden, wobei die Region die Beschlußfassung durch den Landesausschuß bis auf heute verhindert hat, weil letzterer sich nicht den Zentralisierungsmaßnahmen beugen will. Die einschränkende Auslegung des Artikels 14 hat sich im vergangenen Jahr durch Präsidenten Odorizzi, so weit dies möglich, noch verschärft. Wenn daher Odorizzi uns eine allgemeine Regelung der Anwendung des Artikels 14 ankündigt, so darf man wahrhaftig besorgt sein, daß es zu einem Meisterwerk einer Scheinlösung kommt. Es stimmt, daß für einzelne Subventionsgesetze nach der angedeuteten Methode die Beschlußfassung auf den Landesausschuß übertragen worden ist. Es handelt sich dabei um vorübergehende Maßnahmen. Nicht übertragen wurden die behördlichen Befugnisse im allgemeinen, die als ständige, leitende, ordnende, schlichtende, koordinierende, planende Aufgaben der Verwaltung in den bestehenden Gesetzen vorgesehen sind. Nicht übertragen wurden daher — mit Ausnahme des einen Sachgebietes Fremdenverkehr — Verwaltungsbefugnisse auf den Gebieten Landwirtschaft und Forstwesen, Jagd und Fischerei, Gesundheitswesen, Transportwesen, öffentliche Arbeiten, Bergbau, Feuerwehrwesen, Genossenschaften, Fürsorgewesen, Kreditwesen, Wildbachverbauung und Wasserbauwesen, Handel und Industrie, Sozialversicherung, alles Sachgebiete auf denen die Region Gesetzgebung und Verwaltungsmacht besitzt. Der Ausschuß der Handelskammer und der Präsident der Sparkasse, zwei für die wirtschaftliche Entwicklung der Südtiroler Volksgruppe lebenswichtige Einrichtungen,

an denen die Volksgruppe mit großer Mehrheit teilnimmt, werden vom Regionalausschuß ausgesucht und ernannt. Die im Pariser Vertrag vorgesehene Gleichberechtigung der Südtiroler Volksgruppe hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung bringt wohl das Recht der Volksgruppe mit sich, selber den Weg ihrer wirtschaftlichen und damit auch sozialen Entwicklung zu bestimmen, selber den Weg ihrer Industrialisierung zu regeln. Neben dem Schutz der Volksgruppe in ihrem Bestande in der angestammten Heimat bildet die wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf der ganzen Welt einen elementaren Bestandteil jeglicher Autonomie.

Hinsichtlich öffentlicher Förderungsmaßnahmen zwecks Industrialisierung wurde uns im vergangenen Jahr jegliche Anwendung auch einer Verwaltungsübertragung, jegliche Anwendung des Artikels 14, strikte verweigert. Seinerzeit hielt uns Präsident Odorizzi vor, daß wir nicht Sorge tragen würden für eine, wie er sagte, besorgniserregende Erscheinung, daß jährlich bereits rund 1000 Südtiroler ins Ausland abwandern und rund 7500 in die alten Provinzen. Dies geschah im selben Atemzuge, als uns die Anwendung des Artikels 14 im Aktiengesetz sowie im Gesetz über den Industriebeirat verweigert wurde. Ich möchte hier doch den Präsidenten Odorizzi bitten, seine am 14.1.1960 gemachten Angaben über die Nettozuwanderungen in die Provinz Bozen, d.h. über den Saldo zwischen Zuwanderung und Abwanderung, zu ergänzen; denn es ergibt sich ein wesentlich anderes Bild, wenn man dabei nach Volksgruppen unterscheidet und die Abwanderung der deutschen Volksgruppe besonders berücksichtigt. Dabei sind diese Zahlen, was die Abwanderung ins Ausland betrifft, bestimmt zu niedrig gegriffen.

Obwohl nach eigenen Angaben des zuständigen Assessors Bertorelle die Versicherten der Südtiroler Volksgruppe bei der Allgemeinen Krankenkasse die 50 % überschrit-

ten haben, wurde im Widerspruch zum bestehenden Regionalgesetz der Verwaltungsrat mit italienischer Mehrheit erneuert. Damit, und auch mit der Ernennung einer mehrheitlich italienischen Kommission für die Besetzung der Apothekerstellen, wurde der Art. 54 des Autonomiestatuts, der eine der grundlegenden Schutzbestimmungen bildet, in dem Sinne, daß die örtlichen Organe dem völkischen Verhältnis ihres Zuständigkeitsbereiches entsprechend zusammengesetzt sein müssen, zynisch mit Füßen getreten.

Hinsichtlich der vom Regionalausschuß vor Austritt der Südtiroler Assessoren verabschiedeten Gemeindeordnung, die noch nicht in Kraft getreten ist und in welcher die Autonomie der Gemeinden und die Aufsichtsgewalt des Landesausschusses Verfassungsgrundsätzen entsprechend geregelt worden wäre, werden nunmehr von seiten der Christlichdemokraten Anträge auf Abänderung der entsprechenden Bestimmungen im Sinne einer Kontrolle durch den Regionalausschuß gestellt. Ein vom früheren Regionalausschuß verabschiedetes Fremdenverkehrsgesetz, wodurch den Landesfremdenverkehrsämtern mehr Mittel für die Fremdenverkehrswerbung zugewendet werden sollten, wurde im Regionalrat zurückgezogen. Im Regionalgesetz zur Bestätigung des provisorischen Personals der Gemeindeärzte, Gemeindehebammen und Gemeindetierärzte wurde uns das Erfordernis der Kenntnis der Sprache unseres Volkes verweigert. Ebenso wurde uns für die noch durch Ausschreibung zu besetzenden Stellen, die von der Zentralregierung seinerzeit zugestandene schriftliche Prüfung zwecks Feststellung der Kenntnis der deutschen Sprache abgelehnt.

Hinsichtlich des Überganges von Staatsvermögen auf die Region sei bereits das meiste getan, sagt Präsident Odorizzi, obwohl er durch jahrelange Vorstellungen bestens darüber im Bilde ist, daß gerade jenes Staatsvermögen in Südtirol, auf das das Südtiroler Volk besonderen Wert legt, nach wie vor in

den Händen des Staates ist. Ich beziehe mich auf die vom faschistischen Staat enteigneten Schutzhütten, auf die Schießstände, auf das Optantenvermögen, das vom Ente Tre Venezie verwaltet wird. Präsident Odorizzi hat sich wohl gehütet, jemals einen Finger gegen das Ente Tre Venezie zu rühren. Die italienische Mehrheit weiß genau Bescheid über die durch das faschistische Regime dem Stifterwillen entfremdeten wohltätigen Stiftungen, von denen einige bedeutende Vermögenswerte darstellen, die seinerzeit zum Wohle der Südtiroler Volksgruppe gestiftet worden sind. Diese werden auch heute noch von mehrheitlich italienischen Verwaltungsräten ausschließlich oder überwiegend zugunsten der italienischen Volksgruppe verwendet.

In seiner programmatische Rede vom 20.3.1959, nach dem Austritt der Südtiroler Regionalassessoren, hat Odorizzi unter anderem von einer strengen demokratischen Empfindsamkeit gesprochen. Wo ist diese Empfindsamkeit geblieben? Nachdem der Regionalhaushalt mit Mehrheit abgelehnt worden war, nachdem die Hälfte des Regionalparlaments das Mißtrauen ausgedrückt hat, kann man mit Fug und Recht behaupten, daß dem Regionalausschuß die Legitimation auf Grund der in der westlichen Welt geläufigen demokratischen Spielregeln fehlt. Er lebt, wie ich schon gesagt habe, von der Gnade der Zentralregierung, von der Drohung der Auflösung des Regionalrates durch dieselbe unter Einsetzung von Kommissären. Oder besteht die demokratische Empfindsamkeit vielleicht in der Auffassung von Demokratie, wie sie uns sowohl vom Präsidenten Odorizzi als auch von einem Regierungsmitglied mitgeteilt wurde, etwa in dem Sinne: «Wir werden euch mit Maßnahmen zu eurem Wohle beglücken, ob ihr sie verlangt oder nicht, ja auch wenn ihr dagegen sein solltet. Wir kennen euer wahres Wohl besser als ihr selbst, die ihr nur irregeführt oder verblendet seid». Da das Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus der Vergangenheit angehört, kann diese Auffassung von Demokratie nur als der

noch währende Wille zur weiteren Bevormundung unserer Volksgruppe angesehen werden. Wenn dieses Südtiroler Volk nach 20jähriger faschistischer Unterdrückung einer Schulung in Demokratie bedurft hat, so hat es sie seit 1949 wahrhaftig so gründlich genossen, daß es sehr gut zwischen internationalem Vertrag und Autonomiestatut, zwischen Autonomiestatut und Durchführungsbestimmungen zu unterscheiden weiß.

Dieses Volk ist wahrhaftig reif für die Selbstregierung, und reif genug auch, um im Rahmen einer solchen Selbstregierung mit den hier verwurzelten Italienern einen modus vivendi der Koexistenz in der Wahrheit und in der Gerechtigkeit zu finden, und wir brauchen hiezu nicht der Vermittlung durch die Trentiner. Diese letzteren haben sich mit den erklärten Feinden der Autonomie, den Neufaschisten und den Liberalen, verbündet, um ihre Vorherrschaft aufrecht zu erhalten. Nach dem englischen Originaltext des Pariser Vertrages steht dem Territorium und der Bevölkerung der heutigen Provinz Bozen ganz klar die Ausübung einer regionalen, autonomen gesetzgebenden und exekutiven Gewalt zu. Der italienische Text, der nicht maßgebend ist, vermeidet das Wort regional, wiederholt dafür aber zweimal die territoriale Umschreibung des Gebietes, dem Autonomie gewährt werden soll. Diese Autonomie muß derart beschaffen sein, daß sie den Zielsetzungen des Pariser Vertrages, dem Schutz der Südtiroler Volksgruppe und deren wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung entspricht.

Ist es ein Wunder, wenn unser Volk, nachdem es leidenschaftlich für die Gewährung einer Autonomie für Südtirol allein eingetreten ist, nicht so sehr auf Grund der Weigerung der italienischen Regierung, sondern auf Grund einer 15jährigen Erfahrung mit den demokratischen italienischen Nachkriegsregierungen, gar nicht mehr an die Fähigkeit Italiens glaubt, die Südtirolfrage gerecht zu lösen? Wir wissen alle, daß diese Unfähigkeit, wichtige Kapitel der freiheitlich-

demokratischen Verfassung zu verwirklichen, auf die Verderbung des Rechtsempfindens durch die jahrzehntelange Diktatur und den Bürgerkrieg zurückzuführen ist. Das ist für uns allerdings ein schwacher Trost, ebenso wie es unter dem Faschismus für uns ein schwacher Trost war, daß ganz Italien einem Diktaturregime unterworfen war. Jedenfalls kondensiert sich uns gegenüber diese allgemeine Erscheinung der Fälschung und Umkehrung aller Begriffe von Recht und Gerechtigkeit.

Dem Hange folgend, Verfassung und Autonomiestatut zu unseren Ungunsten einschränkend auszulegen, hat Präsident Odorizzi schon vor zwei Jahren die Parole von der Verteidigung der italienischen Minderheit in Südtirol geprägt. Er hat dabei vergessen, daß nicht nur im Pariser Vertrag, sondern auch in der italienischen Verfassung vom Schutz der sprachlichen Minderheit die Rede ist, nicht vom Schutz des Staatsvolkes gegenüber dieser Minderheit, was nichts anderes sein kann als eine Umschreibung für die Unterdrückung dieser Minderheit. Dieselbe Verfassung spricht davon, daß die höchste Gewalt, die Souveränität, vom Volke ausgeht, dem Volke gehört, das diese Gewalt auch selber ausübt im Rahmen der Verfassung. Die Südtiroler Volksgruppe ist durch Art. 6 der Verfassung auch im Zusammenhang mit dem Pariser Vertrag als organischer Teil dieses Volkes konstituiert. Als solche ist sie auch von der italienischen Verfassung aufgerufen, die ersten Entscheidungen über ihr Schicksal selbst zu treffen. Art. 11 derselben Verfassung sieht vor, daß Italien Beschränkungen seiner Souveränität hinnimmt, um eine internationale Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit unter den Nationen zu gewährleisten. Die Südtiroler Volksgruppe und die sich mit derselben deckenden Südtiroler Volkspartei sind auch durch Art. 49 der Verfassung anerkannte Werkzeuge, um in demokratischer Art und Weise die Politik des italienischen Staates mitzubestimmen. Diese Südtiroler Volksgruppe hat in der Volkskundgebung vom 17. November 1957

unmißverständlich ihr Begehren nach der Loslösung von Trient und nach der Gewährung einer echten Selbstregierung kundgetan. Die Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei hat den Vertragspartner des Pariser Vertrages, also die österreichische Regierung, ersucht, im Falle der Verweigerung einer Regionalautonomie für Südtirol die Südtirolfrage bei den Vereinten Nationen anhängig zu machen.

Herr Präsident Odorizzi! Ich darf im Sinne der gefaßten Beschlüsse ihre Aufforderung, in den Regionalausschuß zurückzukehren, zurückweisen. Ich darf auch meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß wir dem besseren Italien, dem Italien, wie es nach seiner Verfassung sein sollte, einen Dienst erweisen, wenn wir nichts unversucht lassen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten.

(N.B. - La traduzione dell'intervento del cons. Benedikter segue a pag. 19).

PRESIDENTE: Altri che chiede la parola?

CORSINI (P.L.I.): La traduzione!

PRESIDENTE: La traduzione è stata fatta.

CORSINI (P.L.I.): Nel testo scritto!

PRESIDENTE: Non si può.

CORSINI (P.L.I.): Perchè non si può?

PRESIDENTE: Perchè continuando così se per ogni oratore si chiede il testo scritto, non so quando si finirà. Parla un oratore e poi facciamo un intervallo di tre giorni, poi parla un altro oratore e facciamo un altro intervallo di tre giorni! Naturalmente se il Consiglio vuole lavorare così lo può fare, comunque questa è una decisione che deve prendere il Consiglio.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Tempo ne abbiamo, Presidente!

PRESIDENTE: Il Consiglio può decidere quello che vuole, comunque io rendo attento il Consiglio su questo precedente.

CORSINI (P.L.I.): Io insisto, Presidente, perchè è sempre stato uso che le dichiarazioni di una certa importanza, come sono state quelle, proprio per lo stesso contenuto che ha fatto testè colui che ha parlato a nome del gruppo della S.V.P., vengano distribuite scritte, anche quando non se ne chiedeva la traduzione. Così abbiamo fatto l'anno scorso per le dichiarazioni del Presidente della Giunta del 20 marzo, così è stato fatto due giorni fa per le dichiarazioni rilasciate dal Presidente della Giunta. Chiedo formalmente, e credo che ci sia una ragionevolezza in questo, che ci si dia il tempo per avere il testo, e in questo caso la traduzione del discorso pronunciato dal Consigliere.

PRESIDENTE: Ci vogliono comunque 5 giorni, per questa settimana non vedo più Consiglio. Comunque lascio decidere al Consiglio, perchè la traduzione che è stata effettuata dal traduttore, non è stata presa sul nastro; questo significa che la traduzione deve essere fatta ex novo. Chi vuole parlare su questa proposta?

MITOLO (M.S.I.): Io sono contrario. Il cons. Benedikter ha detto cose che sappiamo a memoria da 10 anni, non è necessario avere il testo scritto, perchè le conosce il popolo e il comune, come si dice. Non ha detto niente di nuovo; sappiamo e possiamo rispondere quando vogliamo, anche oggi, al suo gruppo, al suo partito, alla sua nazionalità, come qualche volta la chiama. Non è assolutamente necessario, perderemmo del tempo. Noi dobbiamo andare avanti. Alcuni di noi oltre che fare il Consigliere regionale, hanno anche delle occupazioni che non devono trascurare. Quindi mi oppongo alla proposta fatta da Corsini.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Per dire invece che io sono d'accordo, contrariamente a

quanto ha detto Mitolo poc'anzi, per questa ragione: non credo che si ingeneri il malvezzo di chiedere ad ogni pie' sospinto la traduzione scritta, il testo scritto dei vari discorsi che verranno pronunciati. Non mi lusingo che si chieda il testo scritto del discorso che pronuncerò io... Però se il cons. Benedikter ha detto cose conosciute, potremmo dire che anche il Presidente della Giunta Regionale pochi giorni fa ha detto delle cose conosciute, che sapevamo. Se le due parti in causa sono rappresentate dalla D. C. nella persona del Presidente della Giunta e dalla S.V.P. rappresentata in questo caso dal dottor Benedikter, ritengo che sia opportuno, per non dire necessario, avere anche il testo scritto del dottor Benedikter, testè pronunciato.

RAFFAELLI (P.S.I.): Noi eravamo del parere che fosse esagerata la richiesta del cons. Corsini, e ritenevamo opportuno astenerci. Dopo le dichiarazioni del cons. Mitolo votiamo a favore della proposta e della richiesta di Corsini, perchè riteniamo che il cons. Mitolo avrebbe potuto aggiungere anche una altra cosa a quello che ha detto: non solo che non è necessario il testo scritto, ma per lui non è necessario neanche che Benedikter od altri pronuncino un discorso. Non c'è mai stata relazione fra quello che ha detto il M.S.I. e quello che dicono gli altri, fra le posizioni che prende il M.S.I. e la realtà politica dei vari gruppi e del nostro paese.

MITOLO (M.S.I.): Il Partito socialista italiano!

RAFFAELLI (P.S.I.): Quindi può fare a meno lui, noi invece lo vogliamo scritto.

PREVE CECCON (M.S.I.): Il partito socialista italiano!...

RAFFAELLI (P.S.I.): Pensa al tuo partito!

PRESIDENTE: Qui c'è questa proposta, ha parlato uno contro la proposta, può parla-

re ancora un'altro.

MITOLO (M.S.I.): Per fatto personale!

PRESIDENTE: Non c'è fatto personale, mi dispiace, non c'è stato fatto personale!

MITOLO (M.S.I.): Peccato, Raffaelli, che non si possa rispondere!

PRESIDENTE: Ha parlato uno contro, può parlare ancora uno contro.

KESSLER (D.C.): Un chiarimento sulla proposta.

PRESIDENTE: La parola al cons. Kessler.

KESSLER (D.C.): Anzitutto mi premeva sapere se questa richiesta di Corsini comportava la sospensione della seduta, il che io non penserei. Chiederei al proponente se potesse chiedere sì di avere il testo scritto delle dichiarazioni di Benedikter, ma che la seduta proseguiva e gli uffici del Consiglio cerchino di essere il più solleciti possibile nel consegnare le dichiarazioni scritte. Se Corsini è d'accordo su questa prassi, su questo modo di procedere dei lavori, non ho nulla in contrario che venga consegnato il testo, anzi sono lieto anch'io personalmente che mi venga consegnato tradotto. Non vedo la necessità di sospendere la seduta, tenuto conto che domani mattina non c'è seduta, ma c'è solo domani pomeriggio, quindi i Consiglieri, se consegnato con sufficiente rapidità, hanno tutto il tempo di esaminare il testo scritto.

PRESIDENTE: Guardi, cons. Kessler, far continuare la seduta in attesa che venga distribuito il testo scritto dell'intervento Benedikter, significa in teoria la possibilità di chiudere la discussione generale e avere il testo dopo. Ora, coloro che chiedono il testo lo vogliono perchè a loro serve ancora per la discussione generale, altrimenti lo dicano e così lo distribuiamo fra alcuni giorni senza fretta. Comunque vi avverto che il testo fino a domani sera non può essere distribuito.

CORSINI (P.L.I.): Sul regolamento.

PRESIDENTE: Non vedo che cosa c'è da discutere!

CORSINI (P.L.I.): Non è una proposta la mia, signor Presidente; è un richiamo al regolamento, articolo 119: «Su richiesta di un Consigliere deve venir fatta la traduzione nella lingua del richiedente».

La traduzione che sentiamo, pur essendo capaci di seguire attentamente lo sviluppo, ecc. non possiamo però ritenerla tale appunto per la fretta stessa con cui parla spesso volte il cons. Benedikter, da poter far parte di una meditazione. Io chiedo l'applicazione dell'art. 119.

PRESIDENTE: Su richiesta di un consigliere può essere fatta la traduzione nell'altra lingua e questa è stata fatta; se lei dice che è stata fatta presto, io dico che è stata fatta nello stesso tempo in cui l'oratore parlava, anzi è stata fatta più lentamente perchè ho chiesto all'oratore di parlare adagio.

CORSINI (P.L.I.): E' sempre una traduzione improvvisata.

PRESIDENTE: Comunque c'è una proposta; chi è favorevole alzi la mano. 1 contrario, 23 favorevoli, 12 astenuti. Intanto è stato votato che deve essere tradotto il testo e distribuito. Qui c'è adesso, io ho interpretato così; c'è adesso la proposta di Kessler, di continuare.

MOLIGNONI (P.S.I.): Quella cade, l'ha detto lei prima che cade!

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): Sono parzialmente a favore della proposta del dr. Kessler, perchè mi sembra che se una traduzione è richiesta è per poter più adeguatamente considerare che cosa è stato detto e predisporre il proprio intervento; immagino che sia così. Tuttavia sarei a pregare, come rappresentante dell'organo di esecuzione in

questo momento, che il differimento sia il più breve, penso che sia possibile mettersi al lavoro subito; due giorni di tempo per questo dovrebbero essere sufficienti. Pregherei di accettare il criterio di riprendere venerdì i lavori...

CONSIGLIERE: Di mattina...

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): ... magari anche di mattina, invece che nel pomeriggio!

PRESIDENTE: Noi possiamo fare senza altro venerdì seduta, ma non posso dare nessuna garanzia che prima di venerdì possa essere distribuita la traduzione; (RUMORI) questa è la questione.

NARDIN (P.C.I.): Faccia fare da tre traduttori a pezzi, un po' di organizzazione, Presidente!

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Faccia fare i telegrammi di convocazione, se è pronta la traduzione, convoca il Consiglio.

PRESIDENTE: Comunque c'è la proposta di riprendere venerdì. Cercheremo per venerdì di consegnare il testo tradotto e ciclostilato, non crediate che lo possa anche mandare a casa prima, però.

RAFFAELLI (P.S.I.): Chiedo alla Presidenza se può mettere all'ordine del giorno ora il documento, la dichiarazione che abbiamo presentato alla Presidenza un'ora fa; questo non dovrebbe avere bisogno di essere preannunciato e non comporta neanche una lunga discussione.

PRESIDENTE: Cos'è questo documento? una mozione, un ordine del giorno? Non è scritto e non lo dice.

RAFFAELLI (P.S.I.): Pregherei di non cercare di creare difficoltà di ordine procedurale. Sappiamo che la mozione ha bisogno di una determinata procedura, l'ordine del

giorno si inquadra in un determinato ordine di lavori. L'abbiamo lasciato volutamente senza titolo. Si tratta di una deplorazione da parte del Consiglio Regionale delle manifestazioni razzistiche che ci sono state in giro ed anche qui da noi; una cosa sulla quale probabilmente il Consiglio può trovare anche l'unanimità; la forma la abbiamo lasciata alla discrezione della Presidenza, per non pregiudicare proprio la possibilità che sia discussa in qualsiasi momento, possibilmente anche subito.

PRESIDENTE: Per me questo rientra negli ordini del giorno, in quanto qui si chiede — e c'è attinenza al bilancio per questo — si chiede un contributo per un dato fine; chiedendosi qui un contributo per un dato fine, questo ha attinenza con il bilancio, perciò va discusso alla fine della discussione generale, quando verranno letti gli ordini del giorno, non posso fare un'eccezione. Adesso c'è la proposta di continuare venerdì. Chi chiede la parola su questa proposta?

PARIS (P.S.I.): Per una modificazione della proposta di Kessler...

KESSLER (D.C.): Non esiste più la proposta Kessler.

PRESIDENTE: C'è solo la proposta Odorizzi.

PARIS (P.S.I.): Direi che è la seconda volta che aggiorniamo i lavori per diversi giorni, lavorando nella giornata un'ora o una ora e mezzo. Dato che il M.S.I. ha detto che non ha bisogno di avere la traduzione, Mitolo ha votato contro la proposta Corsini ed il cons. Ceccon si è astenuto, possiamo intanto occupare questa ora e mezzo che ci resta ascoltando l'intervento del cons. Ceccon o del cons. Mitolo, se sono preparati a fare un intervento, e per lo meno utilizzeremo questa sera.

NARDIN (P.C.I.): E' apologia del fascismo questa...

PRESIDENTE : Adesso c'è la proposta di continuare venerdì. Mi impegno di cercare di fare il possibile, comunque venerdì, se la proposta è accolta, ci riuniremo.

MITOLO (M.S.I.) : La proposta di Paris è fuori dalla realtà, come tutte le proposte dei socialisti, che vivono nel mondo dell'utopia sociale, quindi solo perchè è stata presentata dai socialisti mi oppongo. (ILARITA').

RAFFAELLI (P.S.I.) : Ci onora questo, ci onora ! Respingile sempre !

PRESIDENTE : Altri che chiede la parola ? Corsini.

CORSINI (P.L.I.) : Per far notare che se si accettasse questa proposta, nell'eventualità che la Presidenza non potesse darci in tempo il testo della traduzione, era inutile semplicemente che fermassimo la discussione adesso, solo per questo.

PRESIDENTE : La cosa più semplice, lo dico subito, è lasciar decidere all'Ufficio di Presidenza ; appena sarà pronta la traduzione, manderemo il telegramma, siete d'accordo ?

CONSIGLIERI : Sì, d'accordo.

PRESIDENTE : Allora proporrei di lasciare alla discrezione della Presidenza la decisione di convocare il Consiglio.

KESSLER (D.C.) : Chiedo scusa se mi permetto di fare un'altra proposta, visto che la prima è andata male. Signor Presidente, mi pare di essere autorizzato a dubitare fondatamente che la traduzione possa essere consegnata ai Consiglieri in tempo sufficiente perchè possa essere convocato il Consiglio per venerdì mattina ; quindi, dando per scontato questo fatto, proporrei di andare addirittura a martedì prossimo, però stabilendo anche che con martedì della settimana prossima cambiamo l'ordine dei lavori, nel senso di lavorare mattina e sera fino all'esaurimento del bilancio. Mi pare che con questa

proposta si possa essere d'accordo, con la tranquillità che la settimana prossima si comincia ad affrontare il bilancio fino all'esaurimento.

PRESIDENTE : Lei mi trova d'accordissimo di rinviare a martedì, di consegnare in tempo l'intervento di Benedikter e con martedì di fare mattina e sera.

BRUGGER (S.V.P.) : Herr Präsident, entschuldigen Sie, ich bin nicht ganz Ihrer Auffassung, so wie ich nicht der Auffassung von Dr. Kessler bin. Ich bin der Meinung, daß wir ohne weiteres es zustande bekommen, für Freitag den Regionalrat wieder einzuberufen, denn wir haben jetzt zwei Tage und einen halben zur Verfügung, um diese Übersetzung vorzunehmen. Machen wir eine ganz einfache Rechnung. Ich glaube, daß ein zusätzlicher Übersetzer für diese Darlegungen des Dr. Benedikter nicht mehr kosten würde als die Telegramme kosten, die ausgeschickt werden, um die Sitzung wieder einzuberufen. Ich bin der Meinung, daß es vielleicht doch vernünftig wäre, wenn das Präsidium diese Darlegungen verschiedenen Übersetzern geben würde, damit sie möglichst schnell übersetzt wären. Innerhalb eines Tages, ich glaube sogar bis morgen, könnte eine solche Übersetzung erfolgt sein, nachdem ja Dr. Benedikter seine Darlegungen schriftlich vorbereitet hat und damit auf Grund dieser schriftlichen Vorbereitung bereits ein Vorteil für die Übersetzung besteht. Wenn zwei oder sogar drei Übersetzer ans Werk gehen könnten, dann wäre es ohne weiteres möglich, glaube ich, daß am Freitag nachmittag die Sitzung fortgesetzt werden könnte, ohne daß man dazu den Regionalrat eigens noch telegraphisch einberufen müßte. Die Zeit wäre hinreichend und ich bin deshalb der Auffassung, daß wir heute ohne weiteres beschließen oder daß Sie festsetzen könnten, daß die Sitzung am Freitag nachmittag fortgesetzt wird, um auf diese Weise so wenig Änderungen als nur irgend möglich in unserem Arbeitsprogramm einzuführen.

PRESIDENTE: Was wir gewinnen, ist ja nur der Freitag, denn Samstag ist sowieso keine Sitzung, Nummer eins, Nummer zwei: eine Übersetzung kann bis zur Sitzung Freitag nachmittag fertiggestellt werden, aber man kann sie erst dort verteilen. Vor morgen abend ist es unmöglich, eine Übersetzung fertig und geschrieben zu haben, und somit können wir sie erst am Donnerstag schicken. Wenn wir sie am Donnerstag schicken und die Räte sind am Freitag hier, dann haben sie sie zu Hause und nicht bei sich, somit kann ich die Übersetzung am Freitag nur an die Räte hier verteilen; dann kommt die Kritik, die sagt: jetzt haben wir die Übersetzung,

aber wir haben sie nicht gelesen; wir wollen das ja zuerst lesen, bevor wir reden. Es nützt nichts.

Metto ai voti la proposta di Kessler; chi è d'accordo è pregato di alzare la mano. La proposta è approvata a maggioranza.

Il Consiglio si riunisce martedì alle ore 10.15.

Si possono convocare le Commissioni perchè c'è libera tutta la settimana.

La seduta è tolta.

(ore 17.20).

(Traduzione dell'intervento del cons. Benedikter).

BENEDIKTER (S.V.P.): Giovedì scorso, in apertura della discussione generale sul bilancio per l'anno finanziario 1960, il Presidente Odorizzi ha tenuto un discorso culminante nell'invito rivolto al Südtiroler Volkspartei, di rientrare nella Giunta Regionale dopo ormai un anno di opposizione.

Devo supporre che il contenuto di questo suo discorso non rispecchi il parere del Partito Democratico Cristiano come tale, poichè non posso credere che questo partito sia seriamente dell'avviso che la S.V.P. possa, con siffatte premesse e su tali basi, giungere nuovamente ad una collaborazione con la D.C. nella Regione.

Nelle sue linee fondamentali il discorso di Odorizzi non è nè giusto nè verace, in quanto esprime una parte soltanto della verità. Ciò perchè egli attribuisce al popolo sudtirolese degli intendimenti inesistenti, al fine di creare il pretesto onde poter continuare ad esercitare la tutela nei confronti di quel popolo sudtirolese, vantato — in un opuscolo di propaganda indirizzato all'opinione pubblica italiana da parte della Regione sull'industrializzazione — per la sua fede cattolica e le sue tradizioni di libertà e di democrazia. Qualsiasi uomo politico cristiano e democratico che intenda agire il più possibile realisticamente, deve prendere atto che l'esperimento della Regione Trentino-Alto Adige è naufragato definitivamente, naufragato soprattutto nella coscienza del popolo sudtirolese, per la cui tutela fu stipulato un accordo internazionale, il quale a suo tempo fu poi il motivo principale per la stessa istituzione di questa Regione autonoma.

Mi rendo conto pure che un discorso come quello qui in Consiglio tenuto da Odorizzi possa trarre in inganno chi non è al corrente della reale situazione nel Tirolo meridionale. D'altra parte non dovrebbe essere oggetto di una replica in seno al Consiglio Regionale adentrarsi nelle cose dette per prendere posi-

zione, tanto più che i membri del Consiglio Regionale non mancano della possibilità di formarsi sul posto stesso una propria opinione in proposito. Facendo però parte delle usanze di un Parlamento rispondere personalmente ad un discorso, lo farò anch'io, nonostante la convinzione predominante, secondo la quale questa disputa non potrà più essere sostenuta soltanto in seno al Consiglio Regionale ma pure altrove, come ad esempio davanti alle Nazioni Unite.

Il Tirolo meridionale è stato fuso in una Regione autonoma con il Trentino da parte dell'Assemblea Costituente, e ciò senza che i Sudtirolesi avessero dato il proprio assenso o che fossero stati interpellati. Solo sul contenuto di questo statuto di autonomia i rappresentanti della S.V.P. vennero interpellati all'ultimo momento, ottenendo qualche miglioramento, per la qual cosa essi avevano pure in buona fede espresso la speranza che proprio in base a tali miglioramenti si rendesse possibile l'attuazione dell'Accordo di Parigi.

In occasione del congresso della S.V.P. del 25 febbraio 1948 l'allora suo Presidente Erich Amonn si era richiamato in modo particolare al contenuto degli articoli 11, 14, 15, 16, 70, 73 nonchè agli articoli 84 e 85 dello statuto di autonomia. La divisione amministrativa tra le due Province, egli aveva detto a suo tempo, avverrebbe in modo che ad integrazione delle norme di statuto, l'amministrazione spetterebbe in linea di massima alle Province e ai Comuni per mezzo della delega anche nelle materie di competenza legislativa della Regione. Egli si era richiamato pure alla raggiunta autonomia scolastica. Inoltre, egli diceva che la polizia amministrativa fosse quasi totalmente demandata al Presidente della Provincia. In merito agli artt. 70 e 73 egli aveva poi dichiarato essere stata concordata una sistemazione degli aspetti finanziari tale, da tutelarci contro ogni eventuale menomazione da parte della maggioranza trentina. Il territorio del Tirolo meridionale disporrebbe di una propria sovranità finanziaria, dato che oltre alle impo-

ste provinciali e comunali tutte le imposte e tasse dirette verrebbero assegnate alle Province. E a proposito delle imposte indirette sarebbe stata concordata una regolazione tale da rendere giustizia nella misura più larga alle nostre richieste. Tenuto conto delle esigenze della Regione le imposte indirette verrebbero ripartite tra le due Province in relazione al gettito effettivo e lo stato di previsione del bilancio regionale sarebbe legato per la definitiva sua approvazione al voto della maggioranza dei membri sia del Consiglio Provinciale di Bolzano che di quello del Trentino. La parificazione della lingua tedesca, egli aveva detto inoltre, sarebbe assicurata non soltanto nei rapporti con l'amministrazione pubblica ma pure all'interno stesso degli organi amministrativi. Così pure sarebbe stato concordato che la elaborazione delle norme di attuazione verrebbe affidata ad esperti di entrambe le province, in modo da consentirci di far valere in proposito, nella più larga misura possibile, la nostra influenza. Degasperi poi, a proposito della parificazione delle lingue, avrebbe dichiarato davanti all'Assemblea Costituente: «Abbiamo approvato la legge riguardante la parificazione delle lingue».

Ma occupiamoci dapprima della cosiddetta commissione paritetica, commissione che non può non essere definita una farsa. Ciò perchè si tratta di una commissione composta di otto membri, quattro dei quali rappresentanti dello Stato e quattro in rappresentanza della Regione, con un solo elemento sudtirolese, pur trattandosi di interessi sostanziali del gruppo etnico sudtirolese. Per commissione paritetica ci si immagina in tutto il mondo avere a che fare con un organo che in un caso come il nostro dovrebbe essere chiamato a realizzare l'equilibrio tra un gruppo di minoranza etnica e il popolo di Stato; cosa questa che nel nostro caso non si può neppure pensare, visto che anche i rappresentanti della Regione autonoma, sia nel Consiglio Regionale come pure in seno a detta commissione, votano contro tali sostanziali interessi del gruppo etnico di minoranza. In

seno al Consiglio dei Ministri della Repubblica Italiana, dove le norme di attuazione trovano la loro definitiva approvazione o meno, la Regione è rappresentata da parte del proprio Presidente, il quale per altro non appartiene a questo gruppo etnico di minoranza. Orbene tale Presidente avrebbe l'elementare dovere di consultare il gruppo etnico prima delle relative sedute del Consiglio dei Ministri, e ciò indipendentemente dal voto dell'unico rappresentante sudtirolese in seno alla commissione paritetica.

Tale dovere non è stato quasi mai adempiuto dal Presidente Odorizzi. In proposito rammento che il Presidente Odorizzi allorquando furono approvate le norme di attuazione nella loro prima parte riguardanti i concorsi per i pubblici impieghi comprendenti la clausola della bilinguità, non aveva neppure partecipato alla rispettiva seduta del Consiglio dei Ministri. E nella approvazione delle recenti norme di attuazione sull'uso della lingua davanti ai tribunali, c'è stata all'ultimo istante soltanto una conversazione telefonica tra Roma e Bolzano, cosa questa che non potrà essere di certo definita una consultazione del gruppo etnico.

Il Consiglio Provinciale di Bolzano non ha la possibilità di impugnare le norme di attuazione in contrasto con lo stesso statuto di autonomia oppure con l'accordo di Parigi e quindi con il principio della eguaglianza dei gruppi etnici. È ben vero che il Consiglio Regionale su richiesta dei sudtirolesi ha impugnato sia le norme sull'edilizia popolare come quelle riguardanti l'uso della lingua. D'altra parte ci troviamo però anche di fronte al fatto che l'impugnazione di altre norme di attuazione richiesta dai sudtirolesi era stata negata dal Presidente Odorizzi, come ad esempio l'impugnazione delle norme tendenti ad ottenere il controllo della Corte dei Conti senza la possibilità della registrazione degli atti amministrativi. Lo stesso dicasi per quanto riguarda l'impugnazione delle norme attraverso le quali alla Giunta Provinciale viene sottratta la competenza di de-

cidere in materia di licenze commerciali, facoltà che è demandata invece ad una commissione regionale. Altrettanto si è verificato a riguardo delle norme che prevedono il ricorso della Giunta Provinciale a quella Regionale in merito alla vigilanza sulle aziende di cura e soggiorno, cosa questa che costituisce una limitazione dell'autonomia provinciale. In questi ultimi tempi poi il Consiglio dei Ministri italiano ha approvato norme di attuazione riguardanti l'uso della lingua davanti ai Tribunali nel Tirolo meridionale. Orbene tali norme si trovano sulla stessa linea di quelle entrate in vigore nel settembre del 1959 e che dal Consiglio Regionale sono state impugnate davanti alla Corte Costituzionale. Trattasi, come è risaputo, delle norme sull'uso della lingua nell'ambito dell'amministrazione pubblica in generale e che non realizzano obiettivamente l'eguaglianza, ovvero la parificazione della lingua tedesca con quella italiana nell'ambito dell'amministrazione pubblica nonché presso i tribunali. Tale eguaglianza tra i gruppi etnici risulterebbe realizzata soltanto nel caso in cui i procedimenti riguardanti elementi sudtirolesi sia di natura amministrativa che giudiziaria, potessero essere svolti esclusivamente nella lingua di questi ultimi e ciò almeno nell'ambito del territorio avito. Le rispettive norme di attuazione prevedono effettivamente che gli appartenenti a questo gruppo etnico possono avvalersi della propria lingua; è stato però conservato il principio dell'italiano come lingua ufficiale. In qualsiasi parte della terra, dove un gruppo etnico o una piccola comunità nazionale è stata parificata nell'ambito del proprio territorio alla comunità maggiore, l'amministrazione e la giurisdizione avvengono sempre nella lingua della relativa minoranza etnica; cosa questa che peraltro ha come premessa una adeguata rappresentanza di tale minoranza negli organi amministrativi e giudiziari. Orbene, qui da noi d'ora in avanti tutto quanto dovrebbe essere tradotto, ma la parte interessata è tenuta a richiedere espressamente che i verbali siano redatti anche in

lingua tedesca. Dato però che il personale è quasi esclusivamente composto da elementi italiani e visto che attraverso un apposito assegno integrativo — del quale parlerò ancora più avanti — c'è da attendersi al massimo che una parte di questo personale capisca appena appena il tedesco, tale nuova regolazione non farà altro che appesantire l'espletamento delle pratiche amministrative a svantaggio di coloro che intendono fare uso della propria madre lingua. Si tratta quindi di uno stato di cose che potrebbero far apparire il sistema monolingustico di prima, caratterizzato dalla mediazione degli avvocati, più vantaggioso. Proprio laddove la conoscenza della lingua deve essere considerata una delle cose più importanti, vale a dire nei procedimenti più urgenti della polizia giudiziaria, i rispettivi organi risultano espressamente svincolati dall'obbligo della conoscenza del tedesco, ovvero proprio quando si tratta del primo interrogatorio dopo l'arresto che tanta importanza determinante ha per tutto il rimanente corso di un procedimento. Ed è per questo che al personale statale in generale che presta il proprio servizio nel Tirolo meridionale, verrà ora concesso uno speciale assegno integrativo per la conoscenza del tedesco oppure per il disagiato soggiorno nel Tirolo meridionale stesso. In quanto alla conoscenza del tedesco da parte di concorrenti italiani per impieghi statali nel Tirolo meridionale abbiamo fatto ormai una serie di esperienze. La commissione prevista dal relativo disegno di legge, che prevede appunto su cinque membri appena uno appartenente al gruppo etnico tedesco, non offre alcuna garanzia acchè i relativi esami vengano fatti seriamente. Si tratta pure in questo caso dell'elementare diritto dei Sudtirolesi di essere rappresentati negli organi amministrativi e giudiziari in corrispondenza alla forza numerica dei gruppi etnici residenti nel proprio territorio. E appunto in questo, da quando è stato stipulato l'Accordo di Parigi, nulla si è cambiato in meglio.

Senza tener conto del corpo degli inse-

gnanti, nel Tirolo meridionale attualmente si trovano 7800 impiegati statali, dei quali soltanto 500 sono sudtirolesi. A tale cifra va poi aggiunta quella degli impiegati degli enti parastatali. Orbene è appunto tale situazione che giustifica l'affermazione, secondo la quale ci vediamo tuttora trattati al pari di una colonia. Eppure lo Stato italiano non dovrebbe incontrare serie difficoltà nel creare le premesse per assumere in numero maggiore nell'amministrazione pubblica e in quella della giustizia elementi sudtirolesi. E' chiaro che per far questo si rendono necessari dei trasferimenti oltre a dover prendere provvedimenti di natura straordinaria per realizzare nella sua prima fase l'assunzione di Sudtirolesi all'impiego pubblico nel Tirolo meridionale. In Somalia l'Italia fino a questi ultimi tempi ha dovuto creare l'amministrazione statale con elementi della popolazione locale, il che, in considerazione del grado d'istruzione di quella popolazione, sarà stato indubbiamente molto più difficile di quanto non fosse stata una massiccia ammissione di elementi sudtirolesi all'impiego pubblico nel Tirolo meridionale. In proposito si tratta poi dell'applicazione di una precisa norma dell'Accordo di Parigi, il quale sottolinea espressamente le relative finalità, di raggiungere, cioè, un più adeguato rapporto nel pubblico impiego rispondente alla consistenza dei gruppi etnici. E fino a quando non si farà sul serio in proposito, poco o nulla cambierà per quanto riguarda l'uso delle lingue negli uffici statali e in quelli della magistratura. Possiamo fin da oggi constatare che nonostante le norme di attuazione dello scorso settembre, le quali prevedono per gli atti ufficiali e disposizioni l'uso di entrambe le lingue lasciando peraltro facoltativo l'uso del tedesco o dell'italiano come lingua d'ufficio e per i rapporti con la pubblica amministrazione, tutto è rimasto come prima, poichè gli uffici statali, con elementi quasi esclusivamente italiani non parlanti la lingua tedesca, continuano ad usare come per il passato esclusivamente l'italiano anche nei rapporti con gli stessi comuni che ad essi si rivolgono in lin-

gua tedesca. Ci troviamo in altre parole di fronte al caso tipico di un villaggio di Potemkin, dove colui il quale legge soltanto le norme di attuazione è tratto in inganno su ciò che in realtà non esiste. Non per nulla gli organizzatori dei corsi di lingua tedesca per impiegati statali e finanziati dallo Stato stesso affermano ora che l'italianità dovrebbe essere difesa attraverso lo studio della lingua tedesca. Le manovre di occultamento della non adempienza di una norma essenziale dell'Accordo di Parigi appare in tal modo evidente. Possiamo quindi affermare che fino a quando non si realizza sul serio il rapporto etnico negli uffici statali ed enti parastatali, qualsiasi assegno integrativo per la cosiddetta bilinguità o per il lavoro d'ufficio disagiato nel Tirolo meridionale, non ad altro potrà servire che a perpetuare la situazione esistente e a favorire l'immigrazione di funzionari italiani verso il Tirolo meridionale.

Per quanto riguarda l'obiezione, secondo la quale il rapporto etnico nella ammissione al pubblico impiego sarebbe in contrasto con il principio della eguaglianza di tutti i cittadini nell'accedere all'impiego pubblico, basta richiamare l'attenzione non soltanto sull'art. 6 della Costituzione, ma pure sul fatto, che presso gli organi della Comunità europea e quelli delle Nazioni Unite si applica, per l'ammissione ai relativi impieghi, il principio geografico o quello secondo le contribuzioni degli Stati aderenti. Ciò evidentemente per la eguaglianza di tutti gli uomini stabilita dalla dichiarazione sui diritti dell'uomo e rispettive convenzioni, cosa per la quale appunto le varie nazioni chiedono di essere rappresentate negli organi permanenti secondo la proporzione della propria entità.

Ma, per soffermarmi ancora su quanto riguarda le norme di attuazione, va ancora detto almeno in succinto che le norme sulla edilizia popolare emanate un anno fa rappresentano un documento, anzi un monumento della cattiva coscienza dei governi italiani del dopoguerra; e ciò non soltanto per il loro contenuto che cancella praticamente l'autono-

mia della Provincia in una materia di tanta importanza, ma anche per la mancata applicazione di tali norme nel corso di un anno intero, nel senso, cioè, che al posto dell'autonomia, si prevede il diritto per la Provincia di essere udita in merito agli atti del Ministero per i lavori pubblici. Essendo stato lo stesso Ministro colui che principalmente ha voluto si emanassero tali norme per poi nemmeno applicarle da un anno in qua, posso citare che il partito neofascista italiano in una sua rassegna annuale si vanta di avere rovesciato l'originario disegno di legge del Governo e di essere altresì intervenuto in forma massiccia allorquando il Consiglio dei Ministri si accingeva a deliberare al riguardo. Così ha scritto il giornale « Il Secolo di Italia » del 22 dicembre 1959. E non si è neppure voluto rinunciare a dichiarare nulle le assegnazioni di alloggi regolarmente fatte da parte di una apposita commissione istituita a cura della Provincia e circa la cui nomina ci fu sinanche l'accordo con la stessa Presidenza del Consiglio dei Ministri.

Ma passiamo ad occuparci per adesso della Regione e della regolazione dei rapporti finanziari, cui aveva accennato a suo tempo Erich Amonn.

Le distinte recentemente distribuite sugli introiti della Regione in tasse ed imposte erariali nelle due province presentano un gettito del 53% nella provincia di Bolzano e del 47% in quella di Trento. Orbene, in tale gettito complessivo non è stato però compreso quello dell'I. G. E., che indubbiamente fa parte delle spettanze previste dall'art. 60 dello statuto di autonomia. Tale gettito sposta la percentuale a favore della provincia di Bolzano, giungendo in media dal '49 in poi ad una percentuale del 55%. Rispetto a ciò i beni patrimoniali della Regione nel Trentino ammontano al 60% e alla somma ragguardevole di circa 6 miliardi e mezzo di lire. Dalla relazione di accompagnamento allo stato di previsione delle entrate e delle spese per lo esercizio finanziario 1960 — bilancio alla cui elaborazione peraltro non hanno più collabo-

rato i rappresentanti sudtirolesi —, risulta che dal 1949 per sistemazioni idraulico-forestali fu speso nel Trentino un importo superiore di 368 milioni rispetto a quello erogato per lo stesso fine a favore della provincia di Bolzano. Questo fatto appare significativo soprattutto perchè durante il periodo fascista il Tirolo meridionale in materia di sistemazioni idraulico-forestali era stato trascurato molto di più di quanto non si fosse verificato nei confronti del Trentino. Significativo appare pure il fatto pubblicato dalla Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana, secondo cui lo Stato italiano nel Tirolo meridionale introita più di quanto spende, e cioè nella misura di 1 miliardo e mezzo di lire. E in tale cifra è già compreso l'ammontare del gettito erariale assegnato alla Regione autonoma, alle Province e ai Comuni, mentre d'altra parte compaiono tuttora miliardi di lire per erogazioni, che i singoli Dicasteri nell'ambito della stessa Regione e per materie nelle quali o la Regione oppure le Province sono competenti, stanno effettuando. L'essere tuttora in vigore nella Regione leggi finanziarie dello Stato, fino a quando cioè la Regione stessa non avrà emanato proprie leggi, non dovrà illuderci circa un reale e grave pericolo per la esistenza stessa dell'autonomia, poichè il detto « chi paga comanda » vale tuttora e più che mai. Aggiungasi che fino a quando il finanziamento passerà attraverso il bilancio statale, non potranno essere modificate per mezzo della legislazione autonoma le relative leggi speciali. E almeno questo il punto di vista del Governo centrale a riguardo della legislazione statale sull'edilizia popolare dinanzi alla Corte Costituzionale. Erich Amonn aveva detto che, tenuto conto delle esigenze della Regione — ritenendo che in vista della prospettata divisione amministrativa la Regione avesse da affrontare soltanto spese di gestione assai limitate —, tutte le imposte indirette verrebbero ripartite tra le due Province secondo i relativi gettiti. Ciò dicendo egli si era basato sul capoverso primo dell'art. 70 dello statuto di autonomia. Siamo oggi in grado di constatare che rispetto alle

spese della Regione di 8.761.000.000 di Lire, alla Provincia di Bolzano, in base all'art. 70, si assegnano soltanto 25.000.000 di Lire. Della somma complessiva 8.761.000.000 di Lire le spese per lo sviluppo economico e sociale ammontano a Lire 6.300.000.000, somma che, se la divisione amministrativa fosse stata effettivamente attuata, verrebbe in massima parte amministrata e spesa dalle Province stesse in rispondenza al relativo gettito delle imposte.

Riferendosi all'art. 73 dello statuto di autonomia Erich Amonn era in grado di dichiarare che il bilancio regionale abbisognerebbe, per la sua definitiva approvazione, della maggioranza sia dei Consiglieri della Provincia di Bolzano che di quelli della Provincia di Trento. Orbene, a che punto ci troviamo oggi a proposito dell'art. 73? Malgrado la mancata approvazione del bilancio regionale e delle variazioni di bilancio effettuate nel corso dell'anno da parte della maggioranza della Provincia di Bolzano, ovvero, della maggioranza dello stesso Consiglio Regionale, tale bilancio viene sistematicamente approvato dal Ministro degli Interni. Il Consiglio Regionale approva di volta in volta a maggioranza semplice delle leggi di finanziamento, in base alle quali s'impegnano miliardi di Lire come ad esempio a favore della industrializzazione. Sono quelle le leggi non soggette alla votazione separata per Province, le quali, dopo la loro entrata in vigore, devono essere inserite nel bilancio regionale in virtù delle disposizioni di legge relative. Fu così che l'art. 73 da un supposto articolo a tutela degli interessi della minoranza etnica tedesca si è trasformato in uno strumento di oppressione nei confronti dei Sudtirolesi, ovvero in una base operativa, grazie alla quale il Governo Regionale è in grado di restare in carica senza disporre in seno al Consiglio Regionale di una maggioranza, dipendendo dalla grazia del Governo centrale; dimodochè la piattaforma della responsabilità nei confronti del Parlamento regionale è stata abbandonata aprendo porte e fi-

nestre all'arbitrio.

Gli articoli 70 e 73 avrebbero dovuto esercitare la funzione di tutelarci contro ogni eventuale menomazione dei nostri diritti da parte della maggioranza trentina. Ciò che tale maggioranza trentina si è permessa di fare nel caso della ferrovia Trento - Malè, non ha bisogno di essere rievocato. Fino ad oggi per tale ferrovia a scartamento ridotto assolutamente insostenibile dal punto di vista del progresso tecnico, sono stati spesi ben 7.000.000.000 di Lire. Il senatore democristiano Amigoni aveva dichiarato nella seduta del 7 dicembre 1956 della settima Commissione del Senato Italiano, che il finanziamento di tale ferrovia andrebbe a carico per un quarto della Regione, avendo questa rinunciato all'aumento delle tariffe per l'energia elettrica. Questi miliardi mancano quindi per una parte alle disponibilità del bilancio regionale e per un'altra parte al bilancio dello Stato, per la soluzione di problemi del traffico regionale di vitale importanza. E ciò va messo in stretta relazione con la trascuranza delittuosa nei riguardi della strada del Brennero, mentre appare un'amara ironia il fatto che lo Stato abbia invece provveduto alla cessazione di servizio di altre ferrovie secondarie del Tirolo meridionale come ad esempio la ferrovia della Valle Aurina, o abbia intenzione di far sospendere il servizio di altre come la ferrovia di Caldaro, oppure della Val Venosta, e ciò nonostante il fatto che in seno all'Assemblea Costituente si fosse parlato dell'ampliamento di determinate ferrovie nel Tirolo meridionale. Si rivela in tal modo un retroscena oscuro in merito alla insufficiente energia nel sollecitare una adeguata fissazione e dei quantitativi e del prezzo dell'energia gratuita o di quella a prezzo di costo spettante alla Regione.

Toccherà ora il problema della polizia amministrativa. In proposito si può affermare che il Presidente della Giunta Provinciale è il prigioniero di commissioni statali e, in base ad una sentenza della Corte Costituzionale, egli rappresenta soltanto un organo su-

bordinato della gerarchia statale, organo le cui decisioni possono essere rivedute da parte del Commissario del Governo.

In base ad una sentenza sempre della Corte Costituzionale, secondo la quale il Provveditorato agli studi della provincia dovrà rimanere un organo dello Stato, non è neppure più possibile raggiungere un'autonomia scolastica degna di tale nome, ovvero, l'amministrazione delle istituzioni scolastiche attraverso lo stesso gruppo etnico. Il Presidente Odorizzi ha dimenticato di dire che l'insegnamento nella lingua materna era stato introdotto nel Tirolo meridionale in senso generale da parte dell'amministrazione militare alleata e che su richiesta dei genitori, formulata in base ad un referendum, era stato introdotto l'insegnamento della lingua tedesca anche nelle valli ladine. Solo i Governi democratici italiani del dopoguerra hanno introdotto nelle valli ladine l'insegnamento cosiddetto paritetico nella lingua italiana e tedesca, senza peraltro interpellare i genitori come educatori direttamente interessati, di modo che oggi i ladini imparano sì abbastanza l'italiano, ma in maniera insufficiente il tedesco onde poter continuare a coltivare i propri rapporti di millenaria convivenza con gli altri tirolesi. Le leggi nazionali citate da Odorizzi hanno risanzionato l'insegnamento nella lingua materna per il gruppo etnico tedesco regolando altresì l'assunzione degli insegnanti, ma si tratta di leggi che nulla hanno a che fare con l'autonomia scolastica.

Citerò ora ancora un altro piccolo esempio. Il comune di Silandro dalla fine della guerra in poi aveva sollecitato la istituzione di una scuola media tedesca, reclamandone anno per anno l'autorizzazione. Orbene prima del Natale 1959 è giunta una notizia da parte del Provveditorato agli Studi, secondo la quale l'istituzione di una scuola media sarebbe stata ora autorizzata per il gruppo etnico italiano. Ciò, malgrado che nel circondario di Silandro il gruppo etnico italiano rappresenti appena un quarto della popolazione totale.

L'autonomia scolastica risulta sepolta

prima ancora della emanazione delle relative norme di attuazione. Sullo sfondo di tale negata autonomia scolastica alcuni fatti acquistano un significato particolare, il fatto cioè messo in evidenza da Odorizzi il 1. luglio del 1959 in occasione del dibattito sulla legge per le facilitazioni creditizie a favore dell'industria, fatto secondo il quale soltanto il 12% degli alunni di lingua tedesca delle scuole elementari frequentano le scuole superiori rispetto al 35% degli alunni di lingua italiana. Egli a suo tempo aveva inoltre detto che un altro 11% della scolaresca di lingua tedesca frequenta le scuole di istruzione professionale, facendo sì che il 77% dei nostri giovani resti senza istruzione professionale. Oltre a tutto questo va poi considerato il fatto che per 30.000 alunni elementari e 4.000 studenti di scuola media sono a disposizione 1.140 insegnanti elementari e 250 insegnanti di scuola media, mentre per 12.000 alunni elementari di lingua italiana sono disponibili 1.000 insegnanti senza comprendere in tale cifra gli insegnanti di lingua italiana nelle scuole elementari tedesche; per 7.000 studenti di scuola media di lingua italiana abbiamo invece 500 professori.

Il Presidente Odorizzi sa molto bene che la posizione del Viceprovveditore agli studi di lingua tedesca presso il Provveditorato statale è giuridicamente quella di un assistente del Provveditore agli studi italiano, senza una propria responsabilità nei confronti del Ministero della Pubblica Istruzione.

Passiamo ora all'art. 14, ovvero alla tanto lodata divisione amministrativa tra le due Province. Nel dicembre 1949 Odorizzi aveva preso posizione per la prima volta contro una applicazione ragionevole dell'art. 14, applicazione dettata dalla saggezza politica e dalla necessaria dose di benevolenza nei confronti dei Sudtirolesi. Egli si era opposto a tale applicazione dell'art. 14 fino a quando la Corte Costituzionale poteva dare ragione alla sua interpretazione, dimodochè dell'articolo in oggetto è rimasto soltanto l'eccezionale trasferimento di singole attribuzioni ammi-

nistrativo - esecutive passate alla competenza della Giunta Provinciale. Quest'ultima risulta peraltro legata alle direttive della Giunta Regionale, che esercita la funzione di vigilanza e di controllo e alla quale possono essere presentati dei ricorsi. Ma nel caso della violazione delle sue direttive la Giunta Regionale può avocare a sé l'esercizio delle attribuzioni già trasferite. Tale trasferimento di funzioni amministrative, sulla cui riavocazione i Trentini insistono con particolare pervicacia, non è peraltro connesso con l'assegnazione degli adeguati mezzi finanziari a favore del bilancio provinciale; e così i relativi mezzi risultano, dopo l'avvenuta delibera della Giunta Provinciale, amministrati da parte della Regione. La portata di questo fatto fu da noi provata negli anni scorsi riguardo ai contributi a favore dei servizi antincendi, deliberati formalmente dalla Giunta Provinciale, ma amministrati dalla Regione, la quale in tal modo dimostra di perseguire un indirizzo sulla base di provvedimenti centralizzatori. Appare chiaro come la Giunta Provinciale continui a deliberare in materia non intendendo piegarsi. Tale interpretazione restrittiva dell'art. 14 da parte del Presidente Odorizzi è stata maggiormente acuita nel corso dell'anno passato. Se quindi Odorizzi ci preannuncia una regolazione generale della applicazione dell'art. 14, bisogna essere veramente preoccupati che si giunga nuovamente ad un capolavoro di pseudo-soluzione. È vero che per alcune leggi finanziarie secondo il metodo indicato la deliberazione è stata demandata alla Giunta Provinciale. Si tratta peraltro di provvedimenti passeggeri. Non sono state trasferite le attribuzioni di ufficio di natura generale previste nelle vigenti leggi come compiti permanenti, direttivi, ordinativi, conciliativi, programmatici e coordinativi dell'amministrazione. Non trasferite quindi — eccettuata una sola materia, quella cioè del turismo — sono state le attribuzioni amministrative riguardanti le seguenti materie: agricoltura e foreste, caccia e pesca, assistenza sanitaria, trasporti, lavori pubblici, miniere, servizi antincendi, cooperazio-

ne, assistenza e beneficenza, istituti di credito, sistemazioni idraulico - forestali e acque pubbliche, nonchè l'assicurazione sociale; tutte materia quindi in cui la potestà legislativa ed amministrativa viene esercitata dalla Regione. La Giunta della Camera di Commercio e il Presidente della Cassa di Risparmio — di due organi quindi di vitale importanza per lo sviluppo economico del gruppo sudtirolese e ai quali lo stesso gruppo etnico partecipa a grande maggioranza — vengono prescelti e nominati da parte della Giunta Regionale. L'eguaglianza del gruppo etnico sudtirolese prevista dall'Accordo di Parigi circa il suo sviluppo economico determina il diritto del gruppo di decidere da sé quale debba essere la via da seguire per promuovere tale sviluppo economico e per conseguenza pure quello sociale. Oltre alla tutela del gruppo etnico nella sua consistenza sul proprio territorio avito, in tutto il mondo lo sviluppo economico e sociale costituisce parte integrante ed elementare di qualsivoglia forma di autonomia.

Per quanto riguarda le provvidenze pubbliche per l'incremento delle attività industriali ci fu negata l'anno scorso qualsiasi possibilità di trasferimento di una funzione amministrativa. I dati fornitici nel discorso del 14 gennaio 1960 sulla immigrazione abbisognano di una integrazione circa le indicazioni fatte da Odorizzi in seno al Consiglio Regionale sulla emigrazione di Sudtirolesi nella seduta del 1. luglio 1959. Contro la nostra resistenza ad una industrializzazione del nostro territorio diretta da parte di una maggioranza italiana, Odorizzi ci aveva rimproverato che oltre 1.000 giovani sudtirolesi emigrano anno per anno all'estero e altri 7.500 nelle vecchie province italiane; la cifra di 1.000 è comunque sicuramente inferiore a quella effettiva. Nello stesso tempo però Odorizzi ci aveva negato l'applicazione dell'art. 14 nella legge riguardante le azioni al portatore per la costituzione o l'ampliamento di nuove imprese industriali, assumendo lo stesso atteggiamento in occasione della ap-

provazione della legge regionale riguardante la istituzione del Comitato consultivo regionale per l'industria.

Malgrado che secondo le stesse indicazioni dell'Assessore competente gli assicurati del gruppo sudtirolese presso la Cassa mutua provinciale di malattia abbiano superato il 50% del totale, il contrasto con la vigente legge regionale il consiglio di amministrazione di tale ente è stato rinnovato con una maggioranza italiana. Ciò facendo — anche per quanto riguarda la nomina di una commissione a maggioranza italiana per la assegnazione di farmacie — l'art. 54 dello statuto di autonomia, che costituisce una delle norme fondamentali di tutela nel senso che gli organi locali devono essere composti in rispondenza al rapporto etnico dalla propria sfera di competenza, è stato calpestato cinicamente. La Giunta Regionale non ha provveduto affinché il consiglio di amministrazione a maggioranza italiana della Cassa mutua provinciale di malattia tenga conto nei pubblici concorsi del rapporto etnico secondo la relativa legge regionale.

In merito poi all'ordinamento dei comuni approvato dalla Giunta Regionale prima delle dimissioni degli Assessori sudtirolesi, ordinamento non ancora entrato in vigore e in cui l'autonomia comunale e la funzione di vigilanza prevista per la Giunta Provinciale dovrebbero essere regolate secondo i dettami delle norme costituzionali, è ormai oggetto di emendamenti presentati dalla D.C. miranti a modificare le rispettive disposizioni nel senso di stabilire un controllo da esercitarsi da parte della Giunta Regionale.

Un disegno di legge sul turismo già approvato dalla Giunta Regionale e che avrebbe dovuto prevedere un aumento dei mezzi finanziari da erogare a favore degli Enti provinciali del turismo per una più adeguata propaganda turistica, è stato ritirato in seno al Consiglio Regionale.

Nella legge regionale per la riconferma del personale provvisorio delle condotte me-

diche, ostetriche e veterinarie ci è stata negata l'esigenza della conoscenza della lingua materna del nostro popolo. Così pure ci è stato negato l'esame scritto per l'accertamento della conoscenza della lingua tedesca in merito ai posti vacanti da assegnare su basi di concorso, esame già autorizzato dallo stesso Governo centrale.

A proposito del trasferimento di beni patrimoniali demaniali alla Regione lo stesso sarebbe già stato attuato in massima parte, afferma il Presidente Odorizzi, e ciò nonostante egli per le sollecitazioni da anni fatte al riguardo, sia molto bene al corrente che proprio quella parte dei beni patrimoniali demaniali nel Tirolo meridionale, ai quali il popolo sudtirolese attribuisce particolare importanza, si trova tuttora nelle mani dello Stato. Mi riferisco in proposito ai rifugi alpini espropriati dal fascismo, ai poligoni per il tiro a segno, ai beni patrimoniali degli optanti amministrati dall'Ente per le Tre Venezie. Il Presidente Odorizzi si è ben guardato dal muovere mai un dito contro tale Ente. La maggioranza italiana sa poi esattamente quale sia la situazione riguardante le donazioni di beneficenza estraniare dal fascismo alle finalità volute dai fondatori delle rispettive istituzioni, alcune delle quali rappresentano dei beni patrimoniali rilevanti donati a suo tempo per il bene del gruppo etnico sudtirolese. Sono istituzioni tuttora amministrate da consigli di amministrazione a maggioranza italiana a favore quasi esclusivo o prevalente del gruppo etnico italiano. Proprio in questo caso il Presidente della Giunta Regionale avrebbe avuto occasione di mostrare il suo sentimento autonomistico. Nel suo discorso programmatico tenuto dopo le dimissioni degli Assessori sudtirolesi nella seduta del 20 marzo 1959, Odorizzi aveva tra l'altro parlato di una forte sensibilità democratica. Ma dove è rimasta tale sensibilità?

Dopo essere stato respinto a maggioranza il bilancio regionale e dopo che la metà del Parlamento Regionale ha espresso alla

Giunta Regionale la sfiducia, si può con pieno diritto affermare che essa, in base alle regole democratiche in uso in tutto il mondo occidentale, è priva di una sua legittimazione. Essa vive, come già avevo detto, della grazia del Governo centrale e della minaccia da parte di questo dello scioglimento del Consiglio Regionale.

Viene quindi da chiedersi se la citata sensibilità democratica consiste forse nel concetto di democrazia palesatoci sia da Odorizzi come pure da parte di un membro di Governo, nel senso cioè: « Vi renderemo felici con provvedimenti destinati al vostro bene, se li volete o meno, anzi, anche se foste contrari, poichè noi sappiamo meglio di voi quale sia il vostro vero bene, voi che siete soltanto sviati o accecati ». Dato che l'epoca dell'assolutismo illuminista appartiene ormai al passato, siffatto concetto di democrazia va considerato come emanazione di una persistente volontà, mirante a continuare a tenere sotto tutela il nostro gruppo etnico. Se dopo la ventennale oppressione fascista questo nostro popolo aveva bisogno di essere democraticamente istruito, penso che tale istruzione l'abbia avuta a fondo, tanto a fondo da sapere ormai ben distinguere tra accordo internazionale e statuto di autonomia, tra statuto di autonomia e relative norme di attuazione.

Per la verità questo popolo è maturo per autogovernarsi. Maturo abbastanza anche per trovare, nel quadro di tale autogoverno, un *modus vivendi* per una coesistenza nella verità e nella giustizia con gli elementi italiani qui ambientati e radicati. E all'uopo noi non abbiamo bisogno della mediazione dei Trentini. Essi si sono alleati con i nemici dichiarati dell'autonomia, con i neofascisti e con i liberali, al fine di conservare il loro predominio. Stando al testo originale in lingua inglese dell'Accordo di Parigi, al territorio e alla popolazione dell'odierna Provincia di Bolzano spetta in chiari termini l'esercizio di un potere legislativo ed esecutivo regionale ed autonomo. Il testo italiano, il quale non

è determinante, evita la parola regione, ma ripete per contro due volte la circonlocuzione territoriale della zona alla quale l'autonomia dovrà essere concessa. Tale autonomia dovrebbe essere concepita e strutturata in modo da rispondere alle finalità dell'Accordo di Parigi, di tutelare cioè il gruppo etnico sudtirolese e assicurare il suo sviluppo economico e culturale. C'è quindi da meravigliarsi, se il nostro popolo — dopo essersi battuto appassionatamente per una autonomia limitata al solo Tirolo meridionale — non creda e non abbia più fiducia nella capacità dell'Italia di riuscire a risolvere giustamente la questione del Tirolo meridionale, e ciò non tanto in seguito al rifiuto del Governo italiano ma in base alle esperienze fatte nel corso di ben tre lustri con i Governi democratici italiani del dopoguerra? Noi tutti sappiamo che quest'incapacità dell'Italia a tradurre in realtà capitoli importanti della sua costituzione democratica e liberale va attribuita al deterioramento del suo senso del diritto causato da una ultradecennale dittatura e dalla guerra civile. Ma ciò per noi costituisce peraltro una debole consolazione. Così pure come per noi sotto il fascismo fu una debole consolazione il fatto che tutta l'Italia era soggetta ad un regime dittatoriale. Per noi comunque questo fenomeno generale del falsamento e dell'invertimento di tutti i concetti del diritto e della giustizia si è condensato in modo particolare nei nostri confronti. Seguendo la tendenza di interpretare in senso restrittivo e a nostro svantaggio sia la Costituzione come pure lo statuto di autonomia, Odorizzi ha formulato la parola della difesa della minoranza italiana nel Tirolo meridionale. Ciò facendo ha però dimenticato che non soltanto nell'Accordo di Parigi, ma pure nella stessa Costituzione italiana si parla della tutela della minoranza linguistica e non invece di quella del popolo di Stato nei riguardi di questa minoranza, il che altro non potrà significare se non una circonlocuzione per opprimere quest'ultima. La stessa Costituzione stabilisce poi che la sovra-

tà e quindi il potere supremo parte dal popolo e al popolo appartiene, esercitando tale potere nel quadro della Costituzione stessa. Il gruppo sudtirolese, attraverso l'art. 6 della Costituzione e l'Accordo di Parigi, costituisce parte organica di tale popolo. Come gruppo etnico esso è chiamato quindi dalla Costituzione italiana a prendere da sé le decisioni primarie sul proprio destino. L'art. 11 della stessa Costituzione prevede poi che l'Italia accetta limitazioni della propria sovranità necessarie ad un ordinamento, che assicuri la pace e la giustizia tra le nazioni. Il gruppo etnico sudtirolese e la Südtiroler Volkspartei identificantesi con esso, attraverso l'articolo 49 della Costituzione sono pure strumenti riconosciuti, atti a partecipare democraticamente alla determinazione della politica dello Stato italiano. Tale nostro gruppo etnico nella manifestazione popolare del 17 novem-

bre 1957 ha fatto conoscere in modo inequivocabile la sua aspirazione al distacco da Trento e alla concessione di un vero e proprio autogoverno. Il congresso della Südtiroler Volkspartei ha poi invitato il Governo austriaco, come firmatario dell'Accordo di Parigi, a portare la questione del Tirolo meridionale davanti alle Nazioni Unite, in caso di rifiuto di una autonomia regionale per il Tirolo meridionale stesso.

Signor Presidente Odorizzi! Nel senso delle predette decisioni posso respingere il suo invito a rientrare in seno alla Giunta Regionale. Mi sia pure consentito esprimere il mio convincimento che renderemo un servizio all'Italia migliore, a quella cioè così come dovrebbe essere secondo la propria Costituzione, se nulla lasceremo intentato nel porre fine a questo stato di cose.

